

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 27. Januar 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 11

Erfordernisse auf tariflichem Gebiete

(Schluß)*

Programmatisch sollte diese unter sorgfältiger Hervorhebung der schnellen Notwendigkeit einer neuen Steuerungsulage alle nächstgelegenen Erfordernisse auf tariflichem Gebiete erfassende Abhandlung in der heute vor acht Tagen erschienenen Nummer schon zum Abschluß gelangen und dann durch Spezialartikel die weitere Entwicklung der Situation beleuchtet werden. Möglicher Eintritt von widrigen Umständen, denen man als Mensch nur zu leicht unterliegt, warf aber das bedachtsam aufgestellte Programm rücksichtslos über den Haufen, und so mußte ein Spezialartikel vordringender werden.

Die Erregung in der Gehilfenschaft über die Sabotierung des Tarifauschusses von Unternehmern kann naturgemäß im „Korr.“ erst nach und nach zum Ausdruck kommen. Aber wenn die vielfach durch Lokalkonflikte entstandene Verzögerung in der Abhaltung von Professoerfassungen, die nach schnellster Einberufung des Tarifauschusses schreien angeht, der geradezu einem Staatsstreiche der Prinzipalsführung gleichkommenden Ablehnung eines solchen Antrags der Gehilfenvertreter, sich ausgeglichen hat, dann wird es sich für die andre Seite mit Erschrecken zeigen, was von Leipziger Sturzschichtigkeit wieder einmal angerichtet wurde. Die nachfolgend gekennzeichnete Stellungnahme der Berliner Kollegen ist eine energische Antwort darauf. Aus den andern Druckorten jeglicher Größe wird in der nächsten oder in späteren Nummern die Besprechung in ähnlicher Weise zu lesen sein, wenn man sich endlich mehr auf die alle Übung und Vorkenntnis besinnend, daß Verfallensberichte sofort aufzugeben sind, und zumal in so ungeheuren Momenten wie gegenwärtig.

Wie wenig „bestellte Arbeit“ vorliegt, können die Prinzipale, die das Jubiläumjahr der neuen Tarifgemeinschaft (1896—1921) nicht mit einem großen Krache zwischen Arbeiterchaft und Unternehmertum in unserm Gewerbe begonnen haben wollen, an der zunächst abwartend gewordenen Haltung der Gehilfenschaft erleben. Man hat in unsern Reihen allgemein angenommen, daß es ohne Schwierigkeiten im Januar zu neuen Verhandlungen kommen würde; an die Möglichkeit, den Tarifauschuh durch Buchdruckervereinsdiktum und mittels raffinierter Buchstabenreteller untauglich sein zu lassen, konnten nur wenige bei uns glauben.

Der neue Tarif hat zwar das alte Motto von Treu und Glauben in der Auslegung und Befolgung der Bestimmungen über das beiderseitige Verhältnis übernommen, aber ehe er noch in Kraft treten konnte, sind Treu und Glauben von der Leistung des andern Vertragskontrahenten wie alter Munder über Bord geworfen worden. Wenn man auch sofort wieder mit Rettungshaken danach fische, so war die schändliche Handlungsweise im Tarifamt doch nicht umgekehrt zu machen. Es wurde vielmehr, indem nachträglich der gesamte Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins nach Leipzig einberufen wurde, weil man die Folgen der ebenso brisierenden wie dem inneren Gehehe der Tarifgemeinschaft einfach hochsprechenden Haltung der Prinzipalpartei und -organisationsvertreter im Tarifamt zu überdenken begann, eine ansehnliche vernünftigerer Geste herausgestellt. Sie war jedoch durch die erst nach fast vier Wochen erfolgte Anberaumung einer erweiterten Vorstandssitzung so raffiniert angelegt, daß die Verurteilung über solches Treiben der Prinzipalsführung nur noch scharfer ausfallen muß.

Danach wurden dann auch stärkere Saiten aufgezogen von der Gehilfenleitung, dem „Korr.“, den Gehilfenvertretern und in Übertragung aus der Gehilfenschaft selbst heraus. Eingefandte Artikel zu der eingetretenen gespannten Lage mehrten sich und zeigen zum Teil so gute Unterrichtung über alle Vorgänge, daß — wir erwähnen

nur den Artikel „Treu und Glauben?“ in Nr. 9 — aus Prinzipalskreisen selbst starker Anmut gegenüber Gehilfenfunktionären geäußert sein muß über die aus lauter Angst vor der sogenannten Provoiz oder in aller unruhiglich bekannter Buchdruckervereinspolitik eingemommene provozierende Haltung der Leipziger Oberleitung, der sich in Verkenntnis ihrer Neutralität die Prinzipalsmitglieder des Tarifamts mit schuldig gemacht haben.

Während sich so die Dinge komplizierter gestalteten und die von Gehilfenseite geführte Sprache berechtigterweise immer deutlicher wurde, konnte im „Korr.“ die Veröffentlichung der „Nachahmenswerte Beispiele“ in einem Umfang fortgesetzt werden, wie wir es nach unrer in Nr. 6 an dieser Stelle davon gegebenen Überblick nicht für möglich gehalten hätten. Das ist nun eine noch stärkere Unterstreichung der von uns aufgestellten Behauptung, daß weite Kreise der Prinzipalität damit das völlige Angenügen der letztmaligen Steuerungsulage zu geben. Daß die Firma Reismann-Grone in Essen noch mit der größten Sonderbewilligung (siehe Nr. 7) hantiert, wird für alle jene Kleinen oder Großen, die nach dem Beispiele von Bachmann (Baalsdorf) in der „Buchdruckerwoche“ oder anderswo zum Trennungsschritte mit dem Deutschen Buchdruckerverein aufordern und dafür die Fahne des von Reismann-Grone mit großer Unbauher in der Nichtöffentlichkeit geführten Arbeitgeberverbändchens entrollen, eine niedererschmetternde Ermüchtigung bilden. Auch solche Mitteilungen, wie die aus Gramberg („Korrespondenzen“) in Nr. 9, daß dort die Prinzipale ohne weiteres eine besondere Beihilfe gewährten, weil sie sich überzeugen ließen, daß die Buchdrucker gegenüber andern Arbeitern zu schlecht dastehen, müssen die von der „Zeitschrift“ vor den großen Tarifverhandlungen gerügte „kleinliche Pfennigsucherei“ doch endlich zu schanden werden lassen, wenn anders nicht die Prinzipale den Brand in ihren Häusern haben wollen. Durch den von uns in Nr. 6 gebrachten Artikel „Von Materialienmarkt des Gewerbes“ dürfte die Situation auf der andern Seite auch nicht gemühtlicher geworden sein. Aber die in Nr. 4 erschienene Zusammenstellung der seitherigen Steuerungsulagen ist uns von verständiger denkenden Prinzipalen die Auffassung übermittelt worden, daß man dies als eine schwere Anklage gegen die Prinzipalsführung empfunden habe, deren Rückwirkung nicht ausbleiben werde. Die gleichzeitig (in der Beilage) gegebene Bilanz unserer Lebenshaltung veranlaßte die „Rote Fahne“ in einer redaktionellen und deshalb weniger aggressiv als bei Abstammung aus Buchdruckerkreisen gehaltenen Notiz, den Buchdruckern zu sagen, wohin sie angesichts solch niedriger Löhne mit ihrer vielgerühmten Tarifgemeinschaft gekommen wären.

Wenn man von einem Verdienste der Sachgassenpolitik der Prinzipalsdiplomatie sprechen kann, dann ist ihr zu zuzuerkennen, daß sie die wirkksamste Züchtlerin der Opposition ist, und daß es ihr gelingt, die Vermehrung der Kommunisten unter den Buchdruckern mit Brutstosshöhe zu betreiben. Anstatt den Ausfall der Abstimmung als ein schweres Warnungssignal zu beachten, hat man blind wie in der Kriegszeit die oberste Heeresleitung Politik gemacht hat und sich erst recht den Elefanten im Porzellankasten zum Vorbilde genommen. Glauben die wieder einmal mit ihrem Sturze ins Schleudern geratenen Herren auf der andern Seite, daß es da noch bei der Gehilfenschaft großer Einwirkung bedarf, um alles in Rebellion zu zerlegen?

Wenn der „Typograph“ in einem Nachwort zu dem Düsseldorfser Streik unumwunden zum Ausdruck brachte, daß etwa nochmals aufstrebende Propagandisten für selbständige örtliche Aktionen von den Mitgliedern des Guttenbergbundes nicht mehr gut Gesehigkeit rechnen könnten, so gab er am 21. Januar keine Stellungnahme zu der von der Prinzipalsleitung leichtfertig heraufbeschworenen Situation doch im Sinne des Zusammengehens mit der Allgemeintheit bekannt. „Mit der Ablehnung des Gehilfenantrags, der durchweg aus allen Tarifkreisen gekommen war, haben die Prinzipale nicht nur den Gehilfen einen sehr schlechten Dienst erwiesen, sondern auch

sich selbst“, schreibt das Bundesorgan und meint weiter, wenn den Prinzipalen der Friede im Gewerbe noch etwas gelte, dann müßten sie sich schon früher an den Verhandlungstisch setzen und schon von einem früheren Zeitpunkt ab neue Zulagen gewähren. Also auch von dieser Seite erfährt die Buchdruckervereinspolitik glatte Verurteilung.

Wie es heißt, sollte der Prinzipalskabinettstrat statt am 26. „schon“ am 24. Januar beginnen. Die Einwirkungen der Gehilfenfunktionäre bei den Prinzipalsvertretern ihrer Kreise und Orte sowie der scharfer wehende Strifenwind aus dem Gehilfenlager im allgemeinen dürften wohl diese kleine Beschleunigung zustande gebracht haben.

Das Zustandekommen von neuen Verhandlungen dürfte nunmehr nicht mehr in Zweifel zu stellen sein. Der engere Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins telegraphierte der Verbandseitung auf deren schon gemeldete Vorstellung in Leipzig (Nr. 7) zurück, die Hauptvorstandssitzung werde sich mit der Angelegenheit beschäftigen, die Schwierigkeiten des neuen Tarifs sollten doch berücksichtigt werden, die Auswirkung seiner Bestimmungen ließen sich noch nicht übersehen. Gleichzeitig ließ der Leipziger Prinzipalsvertreter seine von den Personalvertretungen in einer gewissen Richtung etwas bedrängten Kollegen benachrichtigen, man solle sich auf nichts einlassen, denn es ständen neue Verhandlungen des Tarifauschusses in Sicht.

Der klar ablehnende Standpunkt ist aber nicht nur diesen Anzeichen nach schon vor dem Zusammentritt des Kabinettstrats aufgegeben worden, und damit sind die in der Zusammenstellung der Steuerungsulagen auch zu findenden diversen Seitenstränge um eine neue Nummer vermehrt worden, die keinen Rückgang der Leistungen in dieser Hinsicht erkennen läßt. Die „Lohnpolitik der nächsten Zeit“ (siehe Nr. 112 von 1920) ist eine von Scharfmachern ausgelegte Parole, auf die man lieber andrer herinfallen läßt. Es scheint in bestimmten Prinzipalsregionen als ehrenvoll betrachtet zu werden, zu diesen hereinfallenden andern nicht zuletzt zu zählen.

Bereitschaft zu aller schnellster Einberufung des Tarifauschusses ist also das, womit die außerordentliche Umarmung des Deutschen Buchdruckervereins wie seiner (und auch der Zeitungsverleger) illegalen Abwehrorganisation und der Prinzipalsratskassamitglieder mit jenem Sabotierungsbeschlusse noch einigermaßen wellgemacht werden könnte. Ist man nicht ganz blind gegen die Erfordernisse auf tariflichem Gebiete, dann müßte man wissen, daß auch sonst noch manches zur Klärung durch den Tarifauschuh drängt.

Von einer neuen Steuerungsulage kann eigentlich gar nicht gesprochen werden. Die Gehilfenschaft kann doch die 10, 15 und 20 Mk. vom November nicht als eine komplizierte Steuerungsulage betrachten, weil damit der nach der Mitbewilligung erst gekommene Steuerabzug, die Erhöhung der sozialen Abgaben sowie die weiter erhöhten Verkehrstarife ja nicht einmal zu denken sind, die vielen und ansehnlichen Hauptmeßausgaben also gar nicht in den Deduktionsbereich kommen. Wenn demgemäß von unrer Seite erklärt werden würde, es wird jetzt nur die zweite, größere Rate von der Novemberbewilligung verlangt, dann könnte schon aus innerer Berechtigung heraus dagegen von der Prinzipalität nicht angefallen werden, der Streik um Geltungsdauer und Sündigungsbedeutung wäre müßig. Es handelt sich jetzt also nur um ein Nachholen des im November 1920 zu wenig Bewilligten.

Aber wenn man jetzt die unflüchtigsten Behauptungen über die Buchdruckerlöhne in Prinzipalskreisen hören muß, so in einer Großdruckstadt, die Buchdrucker hätten die höchsten Löhne, dann muß man nach Luft schnappen über solche Weisheiten. Die Öffentlichkeit hat ja schließlich auch ein Interesse daran,

* Siehe hierzu die Ausführungen unter gleicher Überschrift in den Nummern 4, 6 und 7, die parallel laufenden wirtschaftlichen Artikel „Die Bilanz unserer Lebenshaltung“ in Nr. 4 und 5 unter Beachtung, daß in letzterer Nummer die stufenmäßigen Zusammenstellungen Ergänzung finden, sowie den Sonderartikel „Wo stehen wir?“ in Nr. 8.

derartige Behauptungen den in andern Gewerben bestehenden Sachlagen gegenüberzustellen. Wo wird es denn noch einen hochqualifizierten Beruf geben, der für Löhne — nicht Neuausgelernte! — in den kleinsten Orten (ohne Lokalaufschlag) 169 Mh. Minimallohn aufweist, der dann in elf Lokalaufschlagskategorien für Verheiratete in dem am höchsten lebenden Orte (Berlin) auf 270,50 Mh. ansteigt, also Stundenlöhne von 3,52 bis 5,64 Mh.? Wir haben bei der großen Debatte über die letzte kaiserliche Steuerungszulage einmal den aus kleinen Orten kommenden Behauptungen, daß alle andern Arbeiter ein Bedeutendes mehr verdienen (bis zu 150 Mh.) als die Buchdrucker, Abwehlung jurell werden lassen. In der Zwischenzeit konnten wir aber feststellen, daß wohl Übertreibungen vorgekommen sind, daß jedoch die höheren Löhne allgemeiner anzutreffen sind und sogar in den kleinsten Orten, als wir anzurechnen berechtigt waren nach dem im Spätherbst 1919 zur Steuerungsulagenbewegung Nr. 9 aus solchen Kleinorten selbst gemachten Angaben. So haben sich die Verhältnisse geändert!

Undes ist es gar nicht notwendig, auf die Zeit und die Verhältnisse von Ende 1919 zurückzugehen. Für Leipzig hat sich nach dem Stande vom Oktober 1920 eine gewisse Gleichstellung der Buchdrucker mit den meisten andern Arbeiter ergeben. Es konnte deshalb dem damit triumphierend argumentierenden Leipziger Prinzipalsvertreter nicht entgegengetreten werden bei den Tarifverhandlungen. Aber in der kurzen Zeit von da bis jetzt hat sich auch in Leipzig ein erstaunlicher Wandel vollzogen. Es sind immer mehr Berufe den Buchdruckern vorausgekommen oder sind auf dem besten Wege dazu. An dem betreffenden Herrn wäre es sehr, den Nachweis zu führen, wie wenig Berufe nur um 750 Proz. im Jahre gestiegen sind gegen die Vorkriegszeit, wie es bei den von keiner Lokalaufschlagserhöhung oder Sonderbewilligung betroffenen Leipziger Buchdruckern (Klasse C, Verheiratete) der Fall ist, wieviel Berufe aber einen höheren Stundenlohn als 5,27 Mh. haben.

Wenn sich in einem so kurzen Zeitraum die Dinge derart verschoben, dann sollen die Buchdrucker gehoramt warten bis zum 31. März, weil diese Frist nun einmal festgelegt worden ist, obwohl kein Mensch bei den Berliner Verhandlungen im Ernste daran gedacht hat, mit 10, 15 und 20 Mh. Zulage fünf Monate lang den im Galopp von der bürgerlichen Regierung vorgenommenen Abbau der Schwangerschaft mit auf dem Fuße folgender Preisfreiberei durch die freie Wirtschaft anzusehen und durchzusetzen? Wer das für möglich hält, soll das an sich selbst exemplifizieren, er würde konkurrenztun dastehen. Es ist wirklich des grauamen Spieles genug, wenn es drei Monate lang (November, Dezember, Januar) ausgehalten worden ist — nun aber Schluss damit und die Aufreizung der Gehilfenschaft nicht noch weiter getrieben!

Die Nichterhaltbarkeit langer Fristen bei Steuerungsulagen hat sich ehelant bei uns erwiesen. Wir haben uns in andern Gewerben erkundigt und sind zu dem Ergebnisse gekommen, daß nirgends in diesen Zeitaltern auch nur annähernd so lange Zeit abgelaufen wird. Die neuen Vereinbarungen werden oft gar nicht mehr besonders gedruckt, weil es sich nicht lohnt, da der Verland noch nicht beendet ist, wenn die fräurigen Verhältnisse schon wieder zu einer Erhöhung zwingen.

Die Gehilfenvertretung ist selbstverständlich nicht so einfüllig gewesen, eine Bindung auf fünf Monate für möglich zu halten. Es ist ja schon bei den Schlussverhandlungen am 18. und 19. November von ihr ein kräftiger Vorstoß unternommen worden, noch eine Erhöhung der Steuerungsulage herauszuschlagen, da die vielen Proteste telegramme das von uns vorausgehende Echo brachten. Aber wir drangen auch nicht mit einer Sonderbewilligung zu Weihnachten durch, obwohl es trotzdem in der Praxis in sehr vielen Fällen dazu gekommen ist. Damals schon hatte die orthodoxe Mehrheit der Prinzipalsität kein leichtes Spiel; es klickte ganz bedeutend in der entsprechenden Fraktionsbildung der andern Seite. Wir beschränkten in dem Artikel von Nr. 136 es öffentlich für ganz unmöglich, daß die neue Steuerungsulage bis zum 31. März dauern könnte. Da die Steuerungsulagen Nr. 6, 7 und 11 vor Ablauf der vorliegenden Zustände gekommen waren, obwohl die Bewilligungen nicht einmal so ungenügend ausgefallen waren und obendrein die Gehilfenschaft im August v. J. einen Erneuerungstermin vertretend ließ, weil die Verhältnisse sich ein wenig gebessert hatten, konnten wir also auch für Januar 1921 auf Durchsetzung einer unbefristbahren Notwendigkeit rechnen. Das war um so mehr zu erwarten, als nachweislich unser ausdrücklicher Vorbehalt bei eintretender merklicher Verschlechterung wie schon dageselien früher wieder zu kommen, mit einer gewissen Selbstverständlichkeit aufgenommen wurde. Bei den engeren Beratungen hatten zwei namhafte Prinzipale gleichmäßig deutlich erkennen lassen, daß man ja nicht mit Einhaltung der Ablauffrist rechnen, und im Plenum ließ ein anderer Prinzipalsvertreter keine juristische Beschlagen-

helf spielen, indem er meinte, es bedürfe gar nicht dieser Ausbedingung, man könne ja so schon am 1. Februar zur Kündigung schreiten. Der Nichtjurist wird danach nicht so sehr schüchtern, wenn er gleich den 1. Januar für den künftigen Termin nimmt. Das ist von der Gehilfenvertretung denn auch geschehen, und zwar aus zwingender Not heraus, die bekanntlich nach dem als Staatsmann wilhelmlicher Zeit doch als ehrliche Haut geltenden Behmann Holtweg kein Gebot kennt. Aber nun war es nichts, nun sollte statt der 1. März erst als Kündigungsfrist zulässig sein. Zu allen proogrierenden Ausweidungen kam gar noch der Einwand, daß manches so gar billiger geworden sei. Es sollte nur noch, daß der Spiel umgekehrt und zum Zwecke des Lohnabbaues Kündigung zum 1. Januar für angebracht gehalten worden wäre!

Die künftliche Geschichte mit der Geltungsdauer wird noch dadurch drastisch beleuchtet, daß der Führer von dem Mittelener Stohtrup die Bedingungen verschärfen wollte, indem er beantragte, eine merkliche Verschlechterung der Lebensverhältnisse solle erst dann als gegeben angesehen werden, wenn eine weitere Verteuerung um 20 Proz. nachgewiesen werden könne. Das wäre gegenüber dem Stande vom September zu verleben gewesen, denn weitere Ausweise lagen noch nicht vor. Damit kam er aber selbst bei seinen Kollegen nicht durch. Nun ist es aber Tatsache, daß Calwer allein für die Hauptnahrungsmittel — also nicht einmal für alle — eine Verteuerung im Oktober und November um nicht weniger als 83 Mh. nachweist, mitbin gegenüber der Septemberfrist von 273,95 Mh. eine Verschlechterung um 30 Proz. festgestellt hat. Und was kommt alles zu diesen 16 Lebensmitteln noch hinzu, um das Leben notdürftig kräftig zu können! Wir hätten also selbst diese scharfe Bedingung genug und übergenuz erfüllen können. Was ist nun in jener Tarifmitteilung alles geredet und „bewiesen“ worden von Prinzipalsseite! Und was wird schließlich wieder zusammengereimt werden in dem großen Konventikel jetzt?

Die vom Deutschen Buchdruckerverein angeordnete Diktatur über die Einberufung des Tarifausschusses ist ein noch größeres Argernis und noch schlimmere Paragrafenhüchler. Der in Arkadien geborene Artikel „Treu und Glauben“ in Nr. 9 hat das bereits freilich aufgezeigt. Es muß aber in diesem Zusammenhang noch einiges dazu angeführt werden, weil es sich um einen in der Geschichte der Tariftgemeinschaft beipiellosen Vorgang handelt, der die gewiß sehr unübliche Diktaturform des Deutschen Buchdruckervereins, gegen Tarifausschuss und Tariftamt im Dezember und Januar 1918 19 bei weitem überbietet.

Der „Exp.“ wendet sich gegen den von der Prinzipalsorganisationsleitung verübten groben Ungehörigkeit, als er sich in der zuvor erwähnten Richtung ausdrückt: Sollte man gewußt, daß von Prinzipalsseite solche Schwierigkeiten gegen die Einberufung des Tarifausschusses gemacht würden, wäre eine konkrete Festlegung erfolgt. Wo sollte es hinführen, wenn die eine oder andre Partei aus Prinzip geschloffen gegen die Forderung nach Einberufung tritt? Ein Drittel der Tariftamts- oder der Tarifausschussmitglieder müßte schon einen solchen wirksamen Einfluß auf das Tariftamt ausüben können.

Wir sagten bereits in Nr. 7, das Tariftamt hätte den an ihn gerichteten Antrag sämtlicher Tariftvertreter, den Tarifausschuss als bald einzuberufen, zur schriftlichen Abstimmung unter den Mitglidern des Tarifausschusses bringen müssen. Das Tariftamt ist nach allen Haupt- und Nebenbestimmungen über die Organisation der Tariftgemeinschaft ein dem Tarifausschuss nachgeordnetes Organ. Die ihm nach § 86 Ziffer 1 und § 88 Ziffer 11 zustehende Befugnis zur Einberufung des Tarifausschusses ist eine rein geschäftsmäßige Bestimmung, weil das Tariftamt alle Geschäfte zu führen hat. Prinzipielle Bedeutung liegt nicht im geringsten in dieser Ermächtigung, denn sonst müßte irgendwo auch gesagt sein, daß das Tariftamt die verlangte Einberufung des Tarifausschusses auch ablehnen kann und unter welchen Voraussetzungen. Davon steht aber im Tarif wie in den Geschäftskordnungen der beiden Hauptorgane nicht ein Wort.

Für den vom Deutschen Buchdruckerverein ausgeübten Terror ist aber der vorliegende Fall nicht etwa durch Neubeit der Bestimmungen einschuldbar. Den jetzt begangenen schlimmen Mißbrauch hätte der DVB schon unter dem alten Tarif vollführen können, denn es sind hier wirklich die alten Bestimmungen in den neuen Tarif übernommen worden. Ja, schon 25 Jahre hindurch konnte es zu einer solchen direkt gegen Treu und Glauben verstoßenden Handlungsweise kommen, denn die im Jahre 1896 neu aufgenommene Tariftgemeinschaft hat über die Einberufung des Tarifausschusses durch das Tariftamt in nahezu unverändert gebliebenem Wortlaut immer das gleiche enthalten. Treu und Glauben haben also in diesem langen Zeitraum auf Prinzipalsseite mehr gestolzen als jetzt! Die Leipziger Prinzipalsführer bekundeten während der großen Zeit im vergangenen Jahre so manches Mal eine ver-

nünftlere Haltung als die von der Krauser- und Krämerpolitik selbst beschloffen und darauf festgelegten meisten andern Vertreter. Nun scheinen auch sie sich zu der allen unüblichen und kleintlichen Buchdruckerpolitik wieder zurückgelassen zu haben.

Der bisherige Verlauf dieser Terrorismusaffäre hat schon gezeigt, daß die Prinzipalsvertreter doch nicht in-lich der Leipziger Diktatur zu sitzen bereit sind, auch wenn eine verüllteinte Berliner Prinzipalsversammlung dazu freimüthig Votum abgab. Denn die jegliche Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Buchdruckervereins ist doch schon eine Korrektur des Diktaturstandpunktes. Die Prinzipalsvertreter draußen im Reich werden diese hanebüchene Vergewaltigung des Tarifausschusses doch nicht mitmachen wollen, sonst gäbe es daheim brennende Häuser. Sie werden den mitwirkenden Tariftamtsmitgliedern vielleicht mitlidenen Umständen zu billigen und sie nur wegen ihrer totalen Tariftkenntnis in die Miste schicken. Aber mit einer möglichen schmerzlichen Erlebung dieser höchst blamablen Affäre darf es nicht getan sein. Es wird sich nämlich sehr fragen, wieviel von den höchsten 5500 Mitgliedern der Prinzipalsorganisation diese plumpe Gewaltpolitik aushalten werden. Von den über 4000 tariftreuen Firmen aber, die etwa den DVB. auszuhalten vermögen — es sind auch etwa ansehnliche Betriebe darunter —, ist zu erwarten, daß sie gegen dieses Leipziger Glanzstück einer General-Hoffmanns-Politik ganz energisch aufbegehren. Die Umkehrung des DVB. wächst ins Groteske, wenn man seiner Diktatur über alle seine immerhin doch beschränkte Bedeutung im Gewerbe entgegenhält. Ein solches totales Verfabren des Karrens kann die Buchdruckerunternehmerchaft doch unmöglich ruhig hinnehmen!

Es ist selbstverständlich, daß als weiteres Erfordernis auf tariftlichem Gebiete beim Zusammentritt des Tarifausschusses sofort eine Schutzbestimmung gegen Vergewaltigungen durch den Deutschen Buchdruckerverein geschaffen werden muß. Eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Mitgliedern der obersten tariftlichen Instanz muß das Recht erhalten, eine Ladung des Tarifausschusses beantragen zu können. Das Tariftamt hat nach Erfüllung dieser Voraussetzung dann einfach die Einberufung vorzunehmen. Wenn man eine solche, durch eigene gewalttätige Auslegung bestehender Vorschriften zur Notwendigkeit gewordene Interpretation der §§ 86 und 88 Ziffer 1 und 11 etwa als eine materielle Änderung des Tarifts bezeichnen wollte, dann wird sich die Gehilfenschaft daran nicht föhren, vielmehr daran erinnern, was der Deutsche Buchdruckerverein nach den Kaiserzeitbestimmungen im Jahre 1911 aus gewissen neuen Bestimmungen zu machen verstanden hat. Die Sabotage des Tarifausschusses darf nur einmal möglich gewesen sein!

Der Deutschen Buchdruckervereins „Schutzgemeinschaft“ eine illegale Organisation; das ist nun von der Schutzgemeinschaft selbst unter Beweis gestellt worden. Der Verfasser des ersten Artikels in vorliegender Nummer hat uns die von ihm genommene Kopie des zum Teil in Nr. 9 abgedruckten scharfmacherischen Rundschreibens zur Kenntnisnahme eingeliefert. Die hauptsächlichste Beschäftigung mit dem Düsselborfer Streik, der nach allen Regeln der Unternehmerrategie ausgenutzt werden soll, tritt für uns zurück hinter das unerhörte Faktum, daß besagte Schutzgemeinschaft schon vor dem Staftfinden der kritischen Tariftamtssitzung in das Land hinausblauen darf, die Prinzipalsmitglieder würden sicherlich der „vorzeitigen“ Einberufung des Tarifausschusses widersprechen, es könnten daraus ernste Konflikte mit der Gehilfenschaft entstehen, deshalb müsse schnellmöglichst eine einheitliche Front der Prinzipale geschlossen werden mittels Durchorganisation der Schutzgemeinschaft.

Wer bringt den Mut auf, angesichts dieser gemeingefährlichen Scharfmacher noch zu behaupten wie nach der am 3. August 1919 in einer großen Kabinettsitzung vollzogenen Gründung der Schutzgemeinschaft, dieselbe trete nur bei illegalen Aktionen von Gehilfen Gruppen in die Erscheinung und wolle als Abwehrorganisation für den Notfall ja nur dem gewerblichen Frieden dienen? Wir haben uns in Nr. 106 von 1919 eingehend mit dieser „Friedensgesellschaft auf Gegenseitigkeit“ beschäftigt, wiesien auch auf diese Folgeerscheinung von brisanten Aktionen die leichter zu Seltenprinzen neigenden Kollegen hin, und im Dezember 1919 kam es dann in der Tarifausschussladung zu einer lebhaften Interpellation von Gehilfenseite, aber was sich nun zeigt, ist doch Angriff und Friedensgefährdung im schärfsten Maße.

Der im Jahre 1912 geschaffene Fonds für besondere Zwecke führt ja logisch zur Errichtung einer solchen scharfmacherischen Kiezelle in der Tariftgemeinschaft. Das läßt sich gar nicht mehr bestreiten. Die Gehilfenschaft läßt sich das aber nun nicht länger gefallen; sie betrachtet als ein wichtiges Erfordernis die Aufhebung dieser Orgesch im Buchdruckgewerbe. Daß sie auch von den Prinzipalen entbehrt werden kann, zeigen die von dem Kreisvertreter Fischer in Steftin mit außerordentlichem Fleiß bei seinen Kollegen vorgenommenen Einmannungsverfuche.

Singe es nach Herrn Fischer allein, dann würde kein Gehilfe in seinem Kreis ohne seine Einwilligung auch nur 50 Pf. Lohnerhöhung bekommen. Seine „Eigenschaft“ als Tariffunktionär ist erst unlängst in einem Versammlungsbericht hervorgehoben worden; dieses einsame Lob ist für solchen Selbstdrang aber doch zu wenig.

Die Antwort der Berliner Gehilfenschaft an die Prinzipalität (vgl. Berliner Verlammlungsbericht in heutiger Nummer) ist so kernig ausgefallen, wie es die wahrhaftig als ein Meisttal auf den gelunden Menschenverstand anzuiehende Prinzipalsresolution vom 7. Januar (siehe Nr. 7 an dieser Stelle) notwendig gemacht hat. Einmütig blamierten sich die Berliner Buchdruckerelbesitzer mit der Erklärung, die neuen Feuerungszulagen hätten bis zum 31. März zu gelten — die derzeitige Lebenshaltung biete keine Veranlassung, neue Zulagen zu bewilligen —, die Prinzipalsmitglieder im Tariffamte verdienten Dank für die Verhinderung des Zusammenbruchs des Tariffausschusses — wir halten fest und treu zusammen usw.

Die Berliner Prinzipale haben am 5. November v. J. (als erste) ein großes Hallo angeflimmt, daß es abermals zu einer Lohnerhöhung gekommen sei, denn sie hatten die Erklärung von dem „Rückgange vieler Preise auf dem Lebensmittelmarkt“ gemacht. Selbst sind sie wieder ebenso vorlaut mit dem Profektieren wie tapf in der Beurteilung der gegenwärtigen Lebensverhältnisse gewesen. Da müssen diese allen Tarifschlüsseln baren Herrschaften doch einmal gefragt werden, wie sich das neue tarifliche Minimum von 5,64 Mk. in Klasse C (in Stundenlohn umgerechnet) verhält zu den Stundenlöhnen von 8,50 Mk. bei den Putzern, 8 Mk. Köchtern, 7,50 bis 8 Mk. Schuhmachern, 7,50 Mk. Kupferschmieden, 7,50 Mk. Stukkatoren, 7,30 bis 7,50 Mk. Steinbearbeitern, 7 bis 7,40 Mk. Böttchern, 7 bis 12 Mk. (und darüber) Glazern, 6,88 Mk. Eisenlegern, 6,80 Mk. Zimmerern, 6,60 Mk. Holzarbeitern, 6,30 Mk. Schneidern, 6,20 bis 7 Mk. Fleischer, 6 bis 6,25 Mk. Textilarbeitern und Nebenberufen, 6 bis 6,20 Mk. bei den Altpalleanen. Das sind in aller Eile aus Berlin herangeholte Zahlen. Man kommt dabei manchmal zu verblüffenden Feststellungen; ein neuausgelernter Fleischer erhält z. B. einen um 56 Pf. höheren Stundenlohn als ein Buchdrucker mit Familie. In Berlin sind die Frauen- und Kinderzulagen in immer mehr Gewerben eingeführt worden, wodurch die aufgeführten Löhne sich zum Teil noch erhöhen. Auch andere Berücksichtigungen sind öfters anzutreffen (z. B. Arbeitskleidung bei sehr schmaler Bekleidungsfrage), wovon unsere Prinzipale nichts wissen wollen. Die Vereinbarungen geben häufig einfach mit vierwöchiger Kündigungsfrist. Die bekannte Resolution vom 4. Juli 1918 bei uns wollte aber die Gehilfen bis zum Frühjahr 1919 binden. Als das ins Land gezogen kam, hatten wir jedoch mit der Brot- und Kartoffelzulage schon die dritte Erhöhung weg!

Wir fragen nun die großen Wirtschaftspolitiker des Deutschen Buchdruckervereins, ob denn etwa in Berlin (oder anderswo und nicht zuletzt in Chemnitz) die Preise sich nach den viel niedrigeren Verdiensten der Buchdrucker richten oder ob die sonstigen Löhne den Maßstab bilden? Die Berliner Unternehmer werden doch auch ihren Arbeitern nicht so viel mehr bezahlen, damit diese die Buchdrucker auszustehen vermögen, sondern weil die Verhältnisse es erfordern.

Aber nicht nur die Berliner Buchdrucker, vielmehr alle haben es dick und fett, noch einmal 10, 15 und 20 Mk. als eine für längere Zeit geltende Lohnerhöhung hinzunehmen. Die Massenflucht aus dem Zerul ist nicht allein von der Arbeitslosigkeit diktiert, sondern ebenso von der Verelendung als Arbeitender. Wo sind denn die immer an die Wand gemalten Zusammenbrüche von Druckerel zu finden? Daß unter Gewerbe nicht auf daran ist, daß es in beträchtlichem Maß entbedri werden kann, ist leider Tatsache, aber wenn nur noch so wenig Mißtraue vorhanden wären, dann könnten doch die vielen, sogar viel zu vielen Kleinbetriebe gar nicht existieren! Mit dem Reuchten hinter die Truckpreiskulissen ist erst der Anfang gemacht worden, solche schönen Handlungen, wie sie hier unter Kritik stehen, werden diese Klärungsarbeit bedeutend fördern.

Die Situation im Prinzipalslager ist also kritisch. Das fühlt man aus allem heraus, und das läßt denjenigen, die auf jener Seite den starken Mann mimen sollen, einige Milderungsgründe zuerkennen. Aber sie machen, indem alle konsulten oder raffinierten Verede von den hohen oder gar höchsten Löhnen der Buchdrucker und der avfälligen Besserung der Verhältnisse Gehör von ihnen geschenkt und dann die Taktik mit einem bedenkliehen Lenkerkniff eingestelt werden soll, um ihre „verantwortungslosen Schreier“ zu beruhigen, die Situation nur noch schlimmer für sich. Die Mehrzahl im Prinzipalslager bewahrt Passivität, läßt sich aber zu leicht verleiten, die Wochsprünge der unruhigen Gehilfen mitzumachen. Alle Lösungen werden wieder hervorgeholt, auch die „Weimarer Gruppe“ soll ihre Aufsehung finden.

Am 27. Januar dürfte es in der einstmaligen Stadt der großen Gelster zu einem Rückfall kommen sein, dem zwar keine Größe anhaften, der aber eine große Geste gegen die Gehilfenschaft bilden wird.

Als weitere Erfordernisse auf tariflichem Gebiete wären außer den diesen Abschnitten und den vorbeigehenden Mitheln zum Teil mehrmals behandelten noch zu nennen:

Ausprache über die Frage der Höheren Löhnen. weil es nach uns zugegangenen Zuschriften darüber örtlich oder in den Betrieben doch zu verschiedenen Regelungen kommt, daß das Zukurzkommen wohl häufiger sein wird. Wir haben in Nr. 146 v. J. der Verständigung das Wort geredet, wann aber nun eine Tariffausgleichung stattfindet, dann kann auch darüber gesprochen werden. Man ist bei dem Vielen tatsächlich an diese Materie nur nebenher während der großen Beratungen gekommen.

Die Lehrlingskommission zur Anpaffung der mit der Gewerbeordnung strikten Bestimmungen der Lehrlingsordnung wird gewiß noch einer näheren Bepfugung über ihre Aufgabe und die Art der Erledigung ihrer wichtigen Mission unterzogen werden müssen. Was am 24. Verhandlungstag in dieser Beziehung geschehen konnte, war doch zu sehr zwischen Tür und Angel gehalten.

Dem Sachausschusse, der schon seit ein dreiviertel Jahre seine Kreise zieht, muß nunmehr schleunigst Gelegenheit gegeben werden, aus den Vorken herbeizuführen und das bedrückte Buchdrucker Volk mit seiner Tätigkeit zu beglücken. In den letzten Tagen und Stunden des Vierwochenrennens wurde so ziemlich alles Ingemach auf den Sachausschuß geworfen, er sollte den Stein der Weisen für alles finden. Wenn diese Arbeit nicht planmäßig angeht, dann kann sie nicht fruchtbringend sein. Es muß also eine Spezialberatung stattfinden, in der das Programm bekräftigt oder erweitert wird, ebenso die Zusammenlegung dieses Ausschusses.

Zweifellos wird sich noch mehr Beratungsstoff für den Tariffausschuß ergeben, so daß, selbst wenn man endlich für die Lohnfrage auf eine kürzere Verhandlungsdauer zukommt, was gar nicht genug zu wünschen wäre, es an Arbeitsstoff wahrlich nicht fehlen würde. Wir können uns dem Zwange all dieser Verhältnisse aber nicht entziehen und deshalb fragen wir abschließend nur noch das eine: Wann gedenkt die Prinzipalität mit der Gehilfenschaft zu verhandeln?

Rundschau

Das Tariffamt und die 15-km-Grenze. Das Tariffamt der Deutschen Buchdrucker hat in seiner Sitzung vom 21. d. M. Stellung genommen zu einer Anzahl von Konflikt, die sich aus der Auslegung der Ziffer 3 des § 9 des Tariffs und über Anwendung der 15-km-Grenze ergeben haben. Dabei hat sich herausgestellt, daß das Fehlen einer Ortsliste im Tarif, hervorgerufen durch die vom Reichsfinanzministerium noch nicht fertiggestellte Ortsliste für das Reichsbesoldungsgelei, zu einer vollständig irrtümlichen Auslegung und Anwendung der 15-km-Grenze gegeben hat, und zwar in dem Umfange, daß Orte, die zum Teil bisher keinen Lokalszuschlag aufzuweisen hatten, nun z. B. einen Lokalszuschlag von 25 Proz. zahlen sollen. Das ist weder zutreffend, noch im Willen des Tariffausschusses gelegen. Das Tariffamt richtet deshalb an die Mitglieder der Tariffgemeinschaft die Bitte, in dieser Sache ohne Zustimmung der Kreisvertreter irgendwelche Schritte nicht zu tun, vor allem aber jeden Konflikt zu unterlassen. Der Tariffausschuß wird zu dieser Sache sofort Stellung nehmen. (In nächster Nummer kommt zu dem gleichen Thema ein Artikel des Kollegen Schleich zur Veröffentlichung. Red.)

Nachahmensewerte Beispiele. In Olesien gewährte die Buchdrucker des „Gleichen Anzeigers“ den Verberatern 100, den Lebligen 50, den Hilfsarbeitern 30 und den Lehrlingen 20 Mk., die Buchdrucker Otto Kindt Wee, den Verberatern 100, den Lebligen 50 und den Lehrlingen 20 Mk., die Buchdrucker Herr den Verberatern 80 und den Lebligen 50 Mk., die Buchdrucker O. Meyer den Verberatern 100, den Lebligen 50 und den Lehrlingen 25 Mk., die Buchdrucker Nischkowschi den Verberatern 100, den Lebligen 50, den Hilfsarbeitern und Lehrlingen je 30 Mk. als Besoldungsbeispiele zu Wechnachen. — In Goldberg (Schlesien) überreichte der jetzige Inhaber der Druckerel des „Bolen an der Gahb ach“ aus Anlaß des 100. Geburtstags des Gründers der Zeitung dem Personal Geldbeträge von 150 und 100 Mk. — In Köln gewährte die Geschäftsbücherei Eduard Heinz Nachf. sämtlichen Arbeitern zu Wechnachen eine Beihilfe von 25 bis 130 Mk. — In Leipzig zahlte die Buchdrucker August Pries anlässlich ihres 50jährigen Wechnachstages den Gehilfen 150, den Hilfsarbeitern und Lehrlingen 75 bis 30 Mk. aus.

Für reisende Kollegen. In Mühlhausen i. Th. ist das Platzieren in den einzelnen Druckerel an gehoben. Dafür erhalten die durchreisenden Kollegen

10 Mk. in bar und eine Schlafmarke, wofür sie in der Herberge von Zentrich (St. Jakob) Abendbrot, freies Nachquartier und Frühstück bekommen. — In Dreilswald erhalten die durchreisenden Kollegen freies Nachquartier mit Morgenkaffee in der „Herberge zur Heimat“, Weigerberstraße. — In Böttingen wird den durchreisenden Kollegen gleichfalls freies Nachlager und Morgenkaffee gewährt.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. In Göttingen wurde Kollege Andreas Freund zum Stadterordneten und in Münster wurden die Kollegen B. Meiler und B. Studmann als Wechorene und Kollege Schön als Schöffe gewählt.

Unverächter Diebstahl im Berliner Buchgewerbe. Nach einer Mitteilung der „Buchdruckerwoche“ öfnete am 10. Januar ein Dieb mittels Nachschlüssels den von 2 bis 5 Uhr verriegelten gewesenen Berliner Buchgewerbebaus, erbrach einen Schrank und enterrnte sich unter Mithnahme des auf einem Sofa befindlichen Gutenbergs Standbildes, einer etwa 50 cm hohen Nachbildung in Göttingenbronze (Herstellerin: Württembergische Metallwarenfabrik) des Wechnachstages Denkmal in der Gutenberghalle des Wechnach Gewerbebaus zu Leipzig. Das Bildnis war ein Geschenk des Wechnach Buchgewerbevereins an die Berliner Typographische Gesellschaft aus Anlaß ihres 20jährigen Bestehens. Bei Angeboten wollte man die Polizei benachrichtigen und den Wechnachsführer des Berliner Buchgewerbebaus, Herrn Eugen Baumelster, Berlin SW 47, Lichterfelder Straße 1, davon in Kenntnis setzen.

Buchdruckerelbrand. Am 20. Januar brach in der Seherel der Buchdrucker Bergmann in Leipzig (Böhmen) ein Brand aus, der in kurzer Zeit das ganze Sech- und Maschinenmaterial vernichtete. Der Schaden ist sehr groß. Die Entschädigungsforderung ist noch unbekannt. Die Verlage der Firma ercheinenden Blätter, die „Deutsche Leipziger Zeitung“ und die „Landpost“, werden für kurze Zeit in beschränktem Umfang erscheinen.

Zur Beachtung der Betriebsbesoldungen durch die staatlichen Gewerbeaufsichtsbearbeiter. Nach einer neueren Verfügung des sächsischen Arbeitsministeriums sind bei allen Besoldungen von Betrieben durch die Gewerbeaufsichtsbearbeiter auch die gesetzlichen Vertreter der Arbeiterschaft (Betriebsräte) heranzuziehen. In gegenseitiger Aussprache mit ihnen sollen etwaige Wünsche und Klagen der Arbeiterschaft geklärt werden.

Bekannter Fahrkartenfälscher. Das Schwurgericht Bötlich verurteilte am 12. Januar den Buchdruckerelbesitzer Otto Trömel aus Bernsdorf, D. L. (Arbeitslosenwörter), wegen fälschlicher Herstellung von Eisenbahnfahrkarten zu sechs Monaten Gefängnis. Die Wechorenen haben sich für Einreichung eines Gnadengehusses für den Verurteilten ausgesprochen. Von der Anklage wegen Brotkartenfälschung wurde Trömel freigesprochen.

Offene Stelle für betätigten Gewerkschafter. Für die Betriebsrätezentrale des gewerkschaftlichen Ortsausschusses M. Glabbach wird ein Sekretär gesucht. Es wird nur eine ständige Kraft angestellt. Bewerber, die in gewerkschaftlichen und volkswirtschaftlichen Fragen durchgebildet sind, wollen ihr Bewerbungsschreiben bis zum 15. Februar beim Ortsausschuß des M. D. G. B. in M. Glabbach, Königsstraße 13, mit der Aufschrift „Bewerbung“ einleiten.

Der Wechnachsozialismus in England. Die neugegründete Genossenschaft der Vereinigten Verberatersarbeiter (The United Vehicle Workers) ist jetzt im Begriff, ein großartiges Unternehmen in London zu gründen und einen großen Teil des Omnibus- und Autobusverkehrs und später auch des Tramwayverkehrs in eigenem Betrieb zu versehen. Die Grundzüge des Unternehmens entsprechen den Forderungen des Wechnachsozialismus sowohl bezüglich der Ausschaltung der Profite wie bezüglich der industriellen Selbstverwaltung und der Arbeitsbedingungen.

Gelebten

In Altenburg am 26. Dezember der Seher Paul Schmidt, 47 Jahre alt.
In Berlin am 1. Dezember der Seherinvalide Nathan Neustadt aus Borch (Polen), 81 Jahre alt — Altersschwäche; am 3. Dezember der Drucker Karl Hardt aus Berlin, 28 Jahre alt — Herzleiden; am 7. Dezember der Seherinvalide Fritz Wernke aus Berlin, 36 Jahre alt — Herzklappenleiden; am 8. Dezember der Seherinvalide Max Ullrich aus Berlin, 51 Jahre alt — Magenkrebs; am 9. Dezember der Seherinvalide Bruno Voigt aus Berlin, 23 Jahre alt — Lungentuberkulose; am 10. Dezember der Seherinvalide August Eichbaum aus Göttingen, 72 Jahre alt — Arterienverhärtung; am 11. Dezember der Seher Max Mehnemann aus Berlin, 67 Jahre alt — Gehirnlähmung; am 16. Dezember der Seherhorreitor Emil G. N. Krause aus Berlin, 72 Jahre alt — Magenarmdarmlähmung; am 25. Dezember der Seherinvalide Johann Grabs aus Vöhringmünde, 67 Jahre alt — Zuckerröhrenleiden.
In Duisburg der Drucker Rudolf Oswald Golla aus Weßlig bei Plauen, 21 Jahre alt — Ungenugendbildung.
In Elberfeld am 9. Januar der Seher Hugo Rademacher aus Barren, 58 Jahre alt — Wechnachslagen.
In Wechnachslagen am 12. Januar der Seherinvalide Max Neumann, 62 Jahre alt — Nervenleiden.
In Köln am 7. Januar der Drucker Wilhelm Bierstedt aus Aichersleben, 47 Jahre alt — Ungenugendbildung; am 11. Januar der Korrektor Oskar Dhilligläger aus Essen, 42 Jahre alt — Bluthrengung; am 15. Januar der Drucker Joseph Nibem von dort, 25 Jahre alt.
In Leipzig am 9. Januar der Seher Adolf Seergel aus Leipzig, 70 Jahre alt — Altersverhärtung.
In Magdeburg am 5. Januar der Maschinenleher Oswald Knappert aus Köthen, 52 Jahre alt.
In Neustadt a. d. B. am 31. Dezember der Buchdruckerelbesitzer M. El. Steinweg, 87 Jahre alt.
In Zeitz der Seher Paul Käthe aus Kamenz i. Sa., 31 Jahre alt.

Briefkasten

H. Sch. in M. und R. A. in S.: Wird aufgenommen. — W. P. in Z.: In Ihre eingeklagte Erwiderung für Unbeliebte keine genügende Äußerung der Meinungsverhältnisse bringt und überdie

Graphischer Bund

Auswahl der Sekretärstelle

Der Gesamtvorstand des Graphischen Bundes hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, zur Führung der Geschäfte einen Sekretär anzustellen. Desgleichen ist beschlossen worden, der Herausgabe einer „Betriebszeitung“ für das ganze graphische Gewerbe näherzutreten. Dem Graphischen Bund sind angeschlossen: der Verband der Deutschen Buchdrucker, der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, der Verband der Lithographen und Steinbrucher und verwandten Berufe und der Verband der graphischen Hilfsarbeiter.

Der Graphische Bund hat zur Aufgabe:

1. den möglichst reiflichen Zusammenchluss aller graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen in den zuständigen Berufsorganisationen;
2. die Durchführung möglichst gleichzeitiger Arbeits- und Lohnverbände;
3. den möglichst gleichzeitigen inneren Ausbau der bestehenden Organisationen mit dem Zweck, dadurch die notwendigen Vorarbeiten für die Schaffung eines der gesamten graphischen Arbeiterklasse umfassenden Industrieverbandes zu leisten.

Der auszustellende Sekretär hat neben der Übernahme der Redaktion der „Betriebszeitung“ gemäß den angeführten Aufgaben tätig zu sein, er hat alles zu tun und zu fördern, was diesen Aufgaben, den in Betracht kommenden Organisationen und dem Gesamtgewerbe dienlich sein kann. Kollektiert wird auf eine arbeitsfreie, mit den einschlägigen Verhältnissen vertraute und den zu leistenden Anforderungen gemessene Persönlichkeit. Bezahlung nach Vereinbarung. Eintritt sollte möglichst bald, spätestens aber bis 1. April 1921, erfolgen.

Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre einer von den vier genannten Organisationen angehören und bereits organisatorisch tätig gewesen sein. Den Bewerbungen ist eine kurze Schilderung des bisherigen Lebenslaufes sowie die Vorlegung der Aufstellung über die Aufgaben des Graphischen Bundes und die im Sekretariat mögliche Tätigkeit beizugeben.

Dasbezügliche Zuschriften sind an den Geschäftsführer des Graphischen Bundes, Bruno Schweinitz, Berlin SW 29, Schamissoplatz 5 II, bis spätestens 15. Februar zu richten. Der Vorstand des Graphischen Bundes.

Wie helfen wir den Arbeitslosen?

Wie oft wohl ist diese Frage ge- und besprochen und mit vielen wertvollen und weniger wertvollen Vorschlägen beantwortet worden! Eins nur ist allen klar: „Wir müssen helfen!“ Bedauerlicherweise ist die Betonung nicht allein auf das Wort „müssen“ zu legen, sondern weit mehr auf das kleine Wörtchen „wir“.

Es ist eben eine unerleuchtete Tatsache, daß wir bei der Privatpolitik sehr selten das menschliche Empfinden die Gemeinlichkeit überwiegen lassen. (Die Ausnahmen wirken dabei um so wohlthätiger.) Viele Tatsache muß unbedingt in Rechnung gestellt werden, wenn Probleme zur Lösung der Arbeitslosenfrage aufgerollt werden, weil eben die Schlichte sich im kapitalistischen Staat überaus stark entwickelt. Es ist eigentlich unnötig, zu sagen, daß man nie und nimmer die aus den Verhältnissen entstandenen menschlichen Eigenschaften so ohne weiteres beiseite schieben kann. Wenn wir nun die üblichen Eigenschaften selbst nicht beiseite schieben können, so müssen wir doch wenigstens versuchen, ihnen den Boden zu entziehen oder umzuändern, auf dem sie sich auswirken. Das dies unmöglich ist, hat noch niemand bewiesen, wohl aber sind gegenteilige Vorschläge gemacht und Theorien aufgestellt worden, denen man ein gewisses Zutrauen auf die Ausführbarkeit und das Gelingen nicht verlagern kann.

In einer Versammlung in Chemnitz Ende November 1920 hat Kollege Seimbols (Leipzig) in seinem Vortrage: „Wirtschaftspolitische Ziele und Streitfragen“, ganz richtig darauf hingewiesen, daß die Arbeiterklasse noch weit mehr ihr Interesse der Volkswirtschaft zuwenden muß. Durch meine Ausführungen will ich einen Helfer der Kollegen, die älter an Jahren und vor allen Dingen auch reicher an Erfahrungen, veranlassen, dieses Gebiet weit mehr als politische Forderungen zu beachten.

Bei allen volkswirtschaftlichen Untersuchungen ist es raffant, in erster Linie vom Geldwesen auszugehen. Wir müssen uns deshalb vor allem fragen: „Erfüllt das Geld seine Aufgabe in zuverlässiger Weise, d. h., vermittelt es ununterbrochen, gleichmäßig und unter allen Umständen den Austausch der Güter und Leistungen und entscheidet es einwandfrei über die Güterverteilung im privat- und volkswirtschaftlichen Sinne? Mit diesen beiden Sätzen, einem Buch

über „Die Befreiung von der Geld- und Ansberrlichkeit“ entnehmen, ist ein Kernpunkt festgelegt, der weitestliche Bedeutung für die Lösung der Arbeitslosenfrage hat.

Kommen wir also einmal auf die Eigenschaft des Geldes zu sprechen, die das Geld hat und die, die es haben soll, ja muß, um eine günstige Wendung in unserer Wirtschaft (besser Volkswirtschaft) herbeiführen zu können. Das es so nicht weitergehen kann, wissen wir alle; versuchen wir also zu helfen und beklagten einmal den vorgelegten Weg. Der Kürze wegen will ich vermeiden, die „Lehre vom Wert“ oder den „Wertgedanken“ zu krefsen. Es ist dies auch nicht unbedingt nötig, da mein Artikel ja nur ein Hinweis sein soll.

Wollte leben wir uns das Geld an. Es hat die Eigenschaft, sich in beliebigen Mengen aufspeichern zu lassen, ohne zu verderben; man braucht es nicht auszugeben, wenn man nicht will. Dies gilt hauptsächlich in dem Falle, wo es sich um ererbte, erparates Geld handelt, welches nicht zum Lebensunterhalt gebraucht wird. Diese Eigenschaft des Geldes entspricht nicht dem Zwecke, den das Geld erfüllen soll. Das Geld soll und muß Tauschmittel sein, soll die Volkswirtschaft gelunden und die Produktion regelmäßig und ohne Störungen, Arten usw. vor sich gehen. Nun ist das Geld aber ein Schatzmittel, ja sogar ein Tyrann, der gigantische Kräfte entfaltet hat; Kraft, die bewirkt, daß Hunderttausende nicht arbeiten, Zehntausende keine Wohnung finden können. Und da niemand hier helfen kann oder will, so müssen wir es selbst tun.

Wie ein Arzt bei einem Kranken, wenn alle andern Mittel nutzlos sind oder, falls sie angewendet waren, doch zur Operation schreiten muß, so müssen wir also auch und mit weiters reiler Überlegung und fester Grundlage an das Werk gehen, müssen den unnatürlichen Zustand im kranken Körper der Volkswirtschaft durch den natürlichen Zustand erleben. Unnatürlich ist die Eigenschaft des jetzigen Geldes, denn durch die erfüllt das Geld seine Aufgabe nicht, kann sie nicht erfüllen. Das Geld soll nämlich, um das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage gleichmäßig zu gestalten, was wieder eine Festigkeit der Warenpreise zur Folge hätte. Die Festigkeit der Warenpreise wieder sichert uns die gleichbleibende Kaufkraft des Geldes (also auch untes Lohnes). Die angeführten Notwendigkeiten für eine geordnete Volkswirtschaft, kann das jetzige Geld nicht aufweisen und wird es auch nicht können, weil ja eben, die Beschaffenheit des Geldes eine richtige, Vermeidung gar nicht zuläßt. Wie aber sind diese volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten zu erreichen? Nur durch eine Operation auf dem Gebiete des Geldwesens, die nicht beklagten kann, wenn sie auf natürlichen Grundlagen aufgebaut ist und einer organischen Entwicklung entspricht. Der Austausch materieller und intellektueller Güter und Leistungen ist das natürliche Gesetz der Volkswirtschaft. Es unterliegen nun alle Waren, Produkte und Arbeitsleistungen naturgemäß einem Angebotszwange, denn sie sich wohl gelegentlich kurze Zeit, nie aber dauernd entstehen können. Nicht so das Geld! Im Gegenzug zu allen andern Gütern, mit denen das Geld in Austausch zu treten bzw. ihn zu vermitteln hat, hat das Geld gewisse Vorzüge, die seinem volkswirtschaftlichen Amt und Angebote direkt entgegenwirken. Durch Geld hat man dem Geld eine absolute Unveränderlichkeit verliehen. Man legt für jedes Geldstück, ob Papier- oder Metallgeld, einen gleichbleibenden Nennwert fest. Die Eigenschaften nun, die das Geld besitzt, stempeln es zu einer Universalware von unbegrenzter Dauerhaftigkeit, für die es nie an Abnehmen leidet. Was zur Folge hat, daß es nicht über den unmittelbaren persönlichen Warenverbrauch des Besitzers hinaus angeboten zu werden braucht. Somit stellt dem Geld das natürliche Angebotszwang, dem alle andern Waren unterliegen, und deshalb leidet auch dem Geld die volkswirtschaftliche Voraussetzung für einen glatten Geld- und Warenaustausch also für das volkswirtschaftliche Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage.

So ist es auch zu verstehen, daß das Angebot von Waren und Arbeitsleistungen immer dringender und härter ist als das Angebot von Geld. Die Ausnahmestellung, die das Geld in der Volkswirtschaft einnimmt, läßt also das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, bewirkt dadurch Preis- und Konjunkturschwankungen und stößt die Währung um. Sogar die Kapitalgleichheit des Geldes ist eine aus derselben Ursache hervorgegangene gewaltige Erscheinung. Somit ist die Beschaffenheit des Geldes für die Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung. Das Geld kann „warten“, ohne Schaden zu leiden, bis die durch das Warten erfolgende Störung des Warenaustausches und der Produktion die Fabrikanten und Unternehmer betrefen weiterer Produktion zurückhaltend und die Produzenten (Arbeiter) betrefen ihrer Lohnforderungen nachgiebiger und „belchender“ macht. Und je länger das Warten andauert, um so günstiger gestaltet sich die Position des „Wartenden“, aber ungünstiger die

Positionen, der es allig hat und nicht warten kann, weil er launig verhängert.

Da also der Geldbesitz dem Besitz an Waren und Arbeitskraft überlegen ist, hat er dadurch auch die Warenproduzenten in seiner Gewalt, die natürlich nur Arbeit finden, wenn die Kaufleute, Fabrikanten und Unternehmer es nicht für geboten erachten, mit ihren Aufträgen und Unternehmungen ebenfalls zu warten und die Produktion einzufrieren oder auszugeben. Und weil dies so ist, verlangt das Geld, welches sich aus den Ersparnissen des ganzen Volkes in den Händen der Sparkassen und Banken oder durch den Handel in den Händen der Kaufleute und Kapitalisten anammelt, eine Ertragsentschädigung dafür, daß es nicht wartet, sondern sich gnädig in den Dienst der Volkswirtschaft stellt und sich nicht etwa infolge privater „Schachbildung“ einfach gnädig aus dem Verkehr zieht.

Das Tauschmittel Geld ist begehrenswerter gefaltet worden als alle andern Dinge sind, deren Austausch es dienen soll. Das ist der große Fehler durch diesen Fehler ergibt sich eben das große Mißverhältnis zwischen Geld- und Warenangebot und bewirkt demnach, daß die das Geldangebot übersteigenden Warenangebot unverkäuflich sind oder mit Schaden verkauft werden müssen oder aber erst gar nicht produziert werden dürfen. Dadurch also kann das Geld, weil sein volkswirtschaftliches Angebot zurückhält, den Handel als auch die Produktion unterbinden und hätte somit die Macht, die gesamte Volkswirtschaft zu erdrosseln, die Erstens von Millionen Menschen unmöglich zu machen. Angesichts dieser Macht des Geldes gibt es für die Volkswirtschaft außer der Rückkehr zum Tauschhandel nur dem Ausweg, das erparate Geld durch die vorhin erwähnte „Ertragsentschädigung“ wieder in den Verkehr zu locken. Und diese Ertragsentschädigung ist der Zins (Mehrwert).

Der Zins ist die Voraussetzung für den gesamten volkswirtschaftlichen, also heute kapitalistischen Geldumlauf. Keinen Zins — kein Geld, heißt es bei den Geldbesitzern und -bedrängern. Kein Geld — keine Nachfrage — kein Abzug — kein Handel — keine Aufträge — keine Produktion — keine Arbeitsgelegenheit — bedeutet dies für die Volkswirtschaft. Demnach sind Arbeitslosigkeit, Hunger, Bankrott, Not und Elend, Entvölkerung die Folgen der Verweigerung des volkswirtschaftlichen Geldumlaufes. „Geld bringt Arbeit“ ist die einfache Weisheit derer, die über eine gewisse Summe Geld verfügen und sich auf Kosten anderer dadurch ein Leben ohne Arbeit verschaffen können. Solange sich das Geld als Spar- und Schatzmittel besser eignet als alle andern Waren und Arbeitsprodukte, solange wird es seine Ausnahmestellung nutzbar machen und nur gegen Zins (Mehrwert) seine Bestimmung des Warenaustausches erfüllen.

Mit irgendwelchen Gewaltmitteln, Gesetzen und Verböten den Zins bekämpfen zu wollen, ist dergleichen und gefährlich für die Volkswirtschaft. Der Zins kann nicht bekämpft werden, wenn das bisherige Geldwesen, auf dem er ruht, nicht beiseite wird. Wir müssen unter Augenmerk auf die Ursache, nicht auf die Wirkung richten. Die Wirkung ist der Zins, die Ursache das Geld. Wollen wir die Wirkung nicht haben, müssen wir die Ursache beiseite. Jeder Vorgang des Geldes ist ein Nachteil für die Ware und für die sie erzeugende Arbeit. Um die Volkswirtschaft von der Tyrannei des Geldes ein für allemal zu befreien, müssen wir das Geld auf die Rangstufe von Ware und Arbeit herabschieben, damit es sich dringend und beständig anbieten und sich der Produktion und dem Warenaustausch zur Verfügung stellen muß, wie es Ware und Arbeit aus Gründen ihrer natürlichen Beschaffenheit tun müssen. Einen Tyrannen können wir nicht als Vermittler des Austausches unserer Produkte und Leistungen gebrauchen!

Mit diesen vorläufigen Feststellungen, die ich zur Begründung meiner Auffassung über die Ursache und Beseitigung der bestehenden Not, insbesondere die der Arbeitslosen, mit Jubelnahe des eingangs erwähnten Buches hier gegeben habe, will ich sagen, daß nur eine durchgreifende Geldreform auf natürlicher Grundlage uns die Erlösung von der unerhörten Zinsnechtheit bringt. Das zu erreichen, ist unbedingt notwendig, wenn wir nicht alle untergehen wollen, denn die Verteilung des Volkes ist die Bestimmung des Kapital!

Im Zusammenhange mit allem sei noch erwähnt, daß der Gewerkschaftsbund der Angestellten (Berlin) in seinem Programm u. a. fordert: „Schaffung einer natürlichen Wirtschaftsordnung, die die kapitalistische Ausbeutung der Arbeitskraft befreit, das Recht auf den vollen Arbeitsertrag für jedermann verwirklicht und die persönliche Freiheit und wirtschaftliche Unabhängigkeit fördert. . . . Feststellung der Kaufkraft des Geldes durch eine künftige amtliche Preis- und Lohnstatistik. Sicherung des Schutzes durch selbsttätige Anpassung der Löhne und Gehälter an die Kosten der Lebenshaltung.“ Diese Forderung kann sich auch die Arbeiterklasse zu eigen machen, denn diese Forderungen sind geeignet, den Boden zu bereiten für eine gründliche und schnelle Verbesserung

*) Georg Blumenthals Verlag, Berlin-Nikolaifeld, Sieglitzer Straße 31. Preis 5 Mk.

unser Lebenslage. Unser Leben ist kein Leben mehr, es ist nur ein Dahinvegetieren. Wir sind nur „Tote auf Urlaub“, wenn wir der Not nicht mit durchgreifenden Maßnahmen, wie sie die Geldreform und die Grundbesitzreform bilden, steuern. (Was für das Geld der Zins, ist für den Grundbesitz die Grundrente, also muß beides befeitigt werden.) Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit ist hart, vor nachbig, geht zugrunde. Darum alle Waffen geschmiedet, damit der Kampf zu unserm Heil ausläuft.

Chemnitz.

W. Matthes.

Ein fiesles Konglomerat

Im inneren Kampfe der deutschen Gewerkschaftsbewegung wird Schlacht um Schlacht geschlagen gegen die Spaltungsparole der Moskauer. Der Kampf ist unvermeidlich geworden und muß bis zu Ende durchgeführt werden. Das Jahr 1920 war verhängnisvoll für die Arbeiterbewegung. Statt proletarische Einheitsfront: Zersplitterung — Entfaltung der Reaktion. Wird das Jahr 1921 weiter diese Signatur tragen? Ist schon die politische Arbeiterbewegung zerklüftet, so muß es vornehmliche Aufgabe jedes ehrlichen Gewerkschaftlers sein, die Gewerkschaften, das einigste Bollwerk im Kampfe gegen das Unternehmertum, vor dieser Zerklüftung zu schützen. Weit links stehende Ströme haben dieses erkannt. Organisationen, die durchaus nicht frei waren in ihren Zielsetzungen von der Moskauer Phrasenflut, haben Streikraum gemacht mit den Jüngern dieser Richtung unter Anleitung an die seit Jahr und Tag auf dem Boden praktischer Gewerkschaftsarbeit stehenden Proletarier. Sie haben endlich erkannt, daß die über ehrliche Kämpfer ausgegossenen Schmutzhitel sie bestechen, daß die Flut von Verordnungen, Verleumdungen auch über sie hinweggeht, weil sie eben an ihren Gewerkschaften festhalten.

Die Berliner „Freiheit“ schreibt in Nr. 544 v. S.: „Maßlos war die Verbeugung und tief ist die Flut von Schläm, durch die die besonnenen und einsichtigen Elemente der Arbeiterschaft walen müssen, um aus diesem Chaos der inneren Zerklüftung wieder herauszukommen“, und fordert ihre Genossen im selben Artikel auf, zu rüsten gegen die Zerstörer der internationalen Gewerkschaftsbewegung, „immerwährende Tatbereitschaft ist nötig, um die letzte Gefahr für den Bestand der Gewerkschaften zu bannen“.

Das Berliner Organ der USF, sagt, daß in allen Gewerkschaften diese Kämpfe bevorstehen. Es ist erfreulich, daß im Proletariat Verständnis für diese Ausführungen vorhanden ist und es hat auch diese Sache schon gute Früchte gezeitigt in Organisationen, die eben in ihrer Führung Bestandteile der Moskauer Phrasenflut beherbergten. Verwunderlich nur ist es, daß die Berliner Buchdrucker-„Opposition“ scheinbar gar nichts von dieser Bewegung kennt, daß in getreuer Freundschaft USF, und USFV, losziehen gegen „die besonnenen und einsichtigen Elemente“ des Bauvereins, daß es zum Entscheidungskampfe kommen wird zwischen „Vereinigter Opposition“ (das ist der neue Titel) und den eben zitierten Kollegen.

Ich weiß, die Gauvorstandswahl, verehrte „Oppositions“-Kollegen! Glaube aber nicht an die Wahrhaftigkeit dieser Urteile des neuen Krieges! Alle Berliner Generalverammungsdelerierten wird der Strafelte der Generalverammung vom 15. Dezember 1920 in Erlaunen verfehlt haben. Und warum? Weil sie es nicht begreifen konnten, daß man bei der Auslichtslosigkeit an diesem Tage gespaltenen Opposition auf Urwahl drang, auslichtslos deshalb, weil „die besonnenen und einsichtigen Elemente“ erst leiblich bei der Besthornwahl über 50 Proz. der Berliner Gesamtkollegenliste auf sich vereinigen und bei den getrennten Listen der am 15. Dezember 1920 gespaltenen Opposition ein Erfolg einer dieser beiden letzten Richtungen unmöglich zu buchen gewesen wäre! O ihr Scheinheiligen! Ganz nach allem Muffler wirkt man uns vor, 13000 Mitglieder vergewaltigt zu haben durch 200 Kollegen.

Abgegeben von der eben angeführten Auslichtslosigkeit, werden auch in diesem Falle die Tatsachen verdrängt. Statutarisch einwandfrei sind diese Delegierten der zehn Berliner Bezirke berechtigt gewesen, den Gauvorstand zu wählen, berechtigt deshalb, weil diese Kollegen ja der Abschlag des Stimmungsbildes in den Bezirken sind. Auch hier wird der Einwand gebracht werden: Vor Zahresfrist! Wenn nach diesem Modus nun einmal gewählt wird, dann wählt erst die Delegierten nach dem jetzigen Stimmungsbild!

Und wie sehen die eben festgefundenen Wahlen der Delegierten der einzelnen Bezirke aus? Würde das Fiasko nicht noch größer werden?

Alles in allem: Theaterdonner! Eine Parade abzuhallen über die beiden oppositionellen Richtungen halte ich für überflüssig. Und nun zurück zu der Parole der USF. Wie verhalten sich diese Genossen zu dem ihnen vorgeschriebenen Wege: die Organisation nicht einem Zummelplatz der „Keller“ der Moskauer Diktatoren werden zu lassen? Ist er nicht gleichbedeutend mit dem Inhalte der Resolution, die am 16. Januar in den „Kammerläden“ von einer großen Anzahl Kollegen fast einstimmig angenommen wurde und in ihrem Schlusssatz lautet:

Nicht Selbstzerfleischung, sondern solidarischen Zusammenhang. Nicht Zersplitterung, sondern Aufbau. Nicht Aufschismus, sondern Sozialismus. Nicht Moskau, sondern Amsterdam.

Berlin.

G. Kura.

Scheidung der Geister

In Berliner Kollegenkreisen brodel es bestig wie in einem Ferkelkessel. Schon vor etwas über zwei Jahren hat der gemäßigteren Richtung entgegen eine scharfe Abwehrströmung eingelebt, die mit den bisherigen Grundrissen des Verbodes unzulässig ist. Stark ist diese Opposition nicht so sehr an Zahl, als vielmehr an Selbstbewußtsein und Schlagfertigkeit ihrer Wortführer gegenüber ihren maßvollen Mitarbeitern und Berufsgenossen. Es ist ein Häuflein, eine Handvoll Rührigster, ja Stürmer, das in den Heranwachsenden Anhang sucht und findet, die, von ersteren einseitig gezogen und beschützt, ohne eine richtige Vorstellung von der Verbandsgeschichte, einen größeren Haufen bilden.

Man trifft von dieser Seite stets geräuschvoll auf; anbellt mit eigenem Gelehrten und mit Schlagwörtern wie: Abfließen und Befestigung der Verbandsspitzen und der Unterführungen, Diktatur, „Erziehung“ zu Gewalt, Gedankenfreiheit, so wie sie sie ausfallen, Generalstreiks, Macht um jeden Preis, Moskau, Ruhland als Vorbild, Verdrängung, dann vornehmlich Wiederbau.

Die sachlich überlegenden Verbandskollegen denken kühler, und zwar so: Wir stehen fest zum Verband und seinen Einrichtungen in der Gestalt, wie er groß geworden, und werden ihn immer gemeinsinniger ausbauen und werden in Geduld und für das Gesamtwohl, Gewissens- und Glaubenssache wie politische Auffassung steht jedem Mitgliede frei. Politik wird von Verbandsseite nicht getrieben. Grundfesten sind wie bisher auch fernerhin: berufliche Ehrbarkeit, Kollegialität, Solidarität und Pflichttreue. Wir sind ein Teil des freien deutschen Kulturvolkes und sind es gewohnt, uns frei zu betätigen. Das arme Volk der Russen ist früher tyrannisiert worden und kommt auch jetzt aus der Terrorisierung und Vergewaltigung nicht heraus; wir wollen aber mit ihm, kommt es dort zu geregelten Zuständen, geistige Verbindungen seinerzeit wieder anknüpfen und gerne pflegen, zum Nutzen beiderseits. Durch den langen Krieg sind wir alle entkräftet und blutleer und sind es müde, in den Wunden weiterzuwühlen und uns gegenseitig zu zerfleischen. Wir wollen endlich den Frieden und durch Aussprache und Verständigung, mit der Kraft des Geistes aus dem Chaos heraus- und weiterkommen. Fehlbefehle Generalstreiks und wilde Streiks machen unsre wirtschaftliche Lage immer trostloser und zerstörer. Ein erfolgreicher und wirksamer Streik zur Besserung der Erwerbsverhältnisse kann nur ausnahmsweise und nur eine ultimo ratio, das letzte Mittel sein, wenn alle andern ersöpft sind.

Die scharfen Gegenüber wollen aber davon nichts hören. Sie bestehen auf ihrem Schein, auf den sie sich eingeschoren und den sie als echt ausgehen; sie schicken ihre Dauerredner in die Verbandsberatungen, die um 5 oder 5½ Uhr beginnen und bis 11 Uhr noch von ihnen mitzureden würden, wenn die Mitglieder nicht danach trachten, bis Mitternacht zu Hause zu sein; dabei bewegen sich diese Redner lediglich auf dem Gebiete der Politik und außerhalb jeder Tagesordnung. Für sachliche Aussprache fehlt es dann an Spannkraft und Zeit. Das eigentliche Verbandsziel bleibt sonach im Rückstände, weil der Zank der Widersacher es so und nicht anders will.

Die Verammungsteilnehmer gehen meist mit leerem Magen zu den Sitzungen, die bei sachlicher Beratung in zwei Stunden galt erledigt sein können, dauern aber oft fünf Stunden, in denen jene Weltbeglückter leeres Stroh dreschen, das sie hundertmal satfam wiederkaufen; und die meisten der Verammelten gehen alsdann verdrossen weg.

Die zwei Hauptrichtungen Diktatur und Demokratie stehen sich wie 1 zu 5 in Berlin gegenüber, die Zahl der Delegierten als Maßstab genommen. Beide Richtungen werden sich kaum einigen, eher trennen. Wie verurteilt, will der eine Teil aus dem Verband ausscheiden, soann als „Syngraphische Diktatorienliga“ unabhängig wirtschaften; vermutlich auch sonst eigenartig vorgehen und diktatorische Tarifabkommen von Betrieb zu Betrieb abzuschließen versuchen. Sie betonen ja ständig seit Ende 1918 recht sinnige, doch weltfremde Sonderwünsche: Ausscheidung des Unterführungswezens vom Verband und Befestigung auf politischen Gebieten; Zweifelhafte der Unterführungen an den Staat (danach könnten unsre Konditionslosen und Kranken sterben und verderben, wenn sie wollen); Zahlung und Erhöhung der Unterführung an die Konditionslosen, solange noch Geld in der Verbandskasse; ein Begünstigungsschmid Schönebergs wünscht einen Juristen als Verbandsvorsitzenden anstatt eines Berufscollegen usw. usw. — Schon diese Musterkarte weist auf den Weg, wohin der Wind geht.

Es scheint den Abwegigen zugut zu gehen im Schoße des Verbandes. Vielleicht, daß ihnen dieser entgegenkommt in der Rückzahlung der geleisteten Beiträge nach Abzug der erhaltenen Unterführungen und eines kleinen Betrags für die Verwaltungsausgaben. Sie sollen ihren Musterstaat beliebig aufrichten und die dem Verbandszugehörigen Experimente machen auf ihre Kosten und Gefahr, und sehen, daß sie weiterkommen. Nach ihrem freiwilligen Ausscheiden ist an ein Zurück nicht zu denken. Verbandsältester Mallin, der besteszte Barde, wird ihnen seinen väterlichen Segen nicht verlagen; dann mögen sie in Frieden ziehen.

Troh des tiefen Ernstes der Sache mußte das Ganze doch tragikomisch an; ob nicht auch hier das Sprichwort zutrifft: „Wenn es dem Geil gut geht, hopt er aus Eis, um zu tanzen!“

Berlin.

E. V. M.

Korrektoren heraus!

(Ein ernstes Geleitwort für die Delegierten der Korrektoren zu den nächsten Tarifberatungen)

Nachdem nun der neue Tarif zum ersten Male — leider erst jetzt — Sonderbestimmungen für Korrektoren enthält, zeigen dieselben dennoch von einer gewissen Verständnislosigkeit gegenüber dem Korrektorenberuf. Ein Abstand ist wenigstens insofern behoben, daß nunmehr die Korrektoren den tariflichen Bestimmungen unterliegen, somit gelernt Buchdrucker sein müssen. Recht trübe Verhältnisse herrschen leider gerade auf diesem Gebiete, besonders in den Großstädten, wo so mancher Studiosus, Lehrer oder gar Rechtsanwalt im „Nebenberufe“ oder gar in seiner stillen Klause seine Kraft „in den Dienst der guten Sache“ stellt. Daß hier endlich einmal mit eiferem Wesen gelegt wird, ist wirklich an der Zeit; denn daß mit diesen „Serren Gelehrten“, denen jegliche praktische Kenntnisse abgehen, ein Hand-in-Hand-Arbeiten in den seltensten Fällen zu ermöglichen ist, steht ohne weiteres fest, vielmehr wird den mit ihnen zusammenarbeitenden Gehilfen ein rationelles Arbeiten erschwert. Wo nun auf Grund des neuen Tarifs die Entfernung dieser fremden Elemente erfolgt und eine Neubefugung durch gelernt Buchdrucker nötig wird, ist es — nachdem der Prinzipal für die Folge an tarifliche Verpflichtungen gebunden ist — interessant, was da zu erwarten von einem solchen „Anwärter“ verlangt wird: „durchaus zuverlässig“, „orthographisch einwandfrei“, „politisch gebildet“, „in der Abfassung von Berichten flink“, „sprachkundig“ usw. Daß außerdem ein Prinzipal, der sich dazu bequemt, aus seinem eigenen Personal einen Korrektor zu entnehmen, nicht das „allerdümmste Luder“ für diesen Posten auserkählt, steht gleichfalls fest. Nachdem nun im neuen Tarif unter den knappen Sonderbestimmungen der Korrektoren auch enthalten ist: „Der Korrektor ist der Schwierigkeit seiner Arbeit entsprechend zu entlohnen!“ mochten wohl die Delegierten der Korrektoren künftighin eine Besserung im Lohnverhältnis ihrer Spartenkollegen erblicken.

Wie aber liegen in Wirklichkeit die Lohnverhältnisse heute bei den meisten Korrektoren?? Sollte derselbe vor dem Kriege 8 bis 10 Mk. über Minimum, so hat er dies in den meisten Fällen — auch heute noch — trotz des völlig veränderten Geldwertes! War es während des Krieges manchmal die Furcht vor dem Schützengraben, so war es später bei den verbliebenen Lohnforderungen der Gehilfenchaft, bei denen man in jedem einzelnen Fall auf den hartnäckigsten Widerstand der Prinzipale stieß, unmöglich, noch Sonderforderungen zu stellen — ganz abgesehen davon, daß so mancher „Faktor in Amt und Würde“, dessen Monatsgehalt vielleicht heute noch nicht an das ortsübliche Minimum heranreicht, es fertig bringt, seinen „Nivalen“ sich nicht über den Kopf wachsen zu lassen. Ist es da nicht wirklich an der Zeit, daß sich nun endlich die Korrektoren aufraffen und eine gerechte Bewertung ihrer Arbeit „berühmten“ müssen? Welche Anforderungen z. B. an die Herren des Korrektors in einem Zeitungsberufestriebe gestellt werden, an dem vielleicht vier Setzmaschinen (durch Sichtwechsel jumeit zwölf Stunden in Tätigkeit) und außerdem noch ein Stab von Handsehern „hängen“, weiß nur der zu würdigen, der schon selbst die Schule durchgemacht hat.

An die Delegierten der Korrektoren zu den nächsten Tarifberatungen ergeht daher der einmündige Ruf: Tretet mit allem Nachdruck dafür ein, daß endlich der Korrektor für seine verantwortungsvolle, ganz besondere Fähigkeiten erfordernde Tätigkeit „tariflich“ mindestens in die Lohnklasse der Maschinenseher eingereiht werden muß. Wer nämlich auf das Entgegenkommen oder das „freie Ermessen“ der Prinzipale Hoffnungen setzt, wie dies im neuen Tarif in solch dehnbarer Weise festgelegt wurde, wird sich — wie immer — bitter enttäuscht sehen, besonders in den Provinzstädten.

—r.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Außerordentliche Generalversammlung am 19. Januar.) Die Generalversammlung erbrachte zunächst in üblicher Weise das Andenken des verstorbenen Vorstehenden des AOBV. Legten dann einem ehrenvollen Nachrufe vom Kollegen Mallin. Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend, war die Verammung überaus stark befüllt. Als einzigen Gegenstand behandelte Kollege Mallin in seinem Referat „Die gegenwärtige tarifliche Lage“. Die letzte Tarifausdehnung mit dem Resultat einer vollständig ungenügenden Teuerungszulage hat unter den Kollegen wenig Beifriedigung ausgelöst. In Voraussicht der kommenden Situation halten die Gehilfenvertreter darauf hingewiesen, daß, wenn sich die Verhältnisse ungünstiger gestalten, der Tarifauschuss sich wieder zusammensetzen müsse. Die Prinzipale haben dies akzeptiert. Die immer drückender werdende Not der Gehilfenchaft und deren Drängen veranlaßte den Verbandsvorstand, mit den Kreisvertretern zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Sämtliche Gehilfenkreisvertreter stellten darauf Anträge auf Einberufung des Tarifauschusses, und am 30. Dezember hat das Tarifamt hierzu Stellung genommen. Die Prinzipale nahmen eine ablehnende Haltung ein und bestritten den Gehilfen das Recht des Verlangens zur Einberufung des Tarifauschusses. Alle Einwendungen der Gehilfenvertreter waren erfolglos. Selbst der Einwand, daß das Tarifamt kein Recht habe, die Zusammenberufung des Tarifauschusses abzulehnen, wenn die gesamte Gehilfenvertretung dieses beantragte, wurde als nicht stichhaltig

angehen. Die Gehilfenschaft habe nur in der Voraus-
setzung den Tarif angenommen, daß bald ein Ausgleich
mit der zunehmenden Teuerung erfolgen werde. Die er-
neut und mehrfach unternommene Fühlungnahme mit den
Prinzipalen blieb ohne Erfolg. Er habe beim Prinzipals-
kreisvertreter dringend auf den Ernst der Situation hin-
gewiesen und jede Verantwortung abgelehnt, wenn die
jetzige Situation in einem 6tlichen Vorgehen ihre Aus-
wirkung finde. Auch der Verbandsvorstand bemühte sich
in der derselben Richtung, darauf hinweisend, daß bei
Nichtbeachtung der Gehilfenforderungen die Beunruhigung
weiter um sich greifen werde. Das Vorgehen der Per-
sonale von acht großen Zeitungsunternehmen illustrierte die
Stimmung der Berliner Gehilfenschaft. Diesem Vorgehen
habe er sich als Kreisvertreter nicht anschließen können,
weil er Allgemeininteressen zu vertreten habe. Eine un-
verbindliche Aussprache mit den Zeitungsverlegern und
dem Personal der acht Firmen habe dann schließlich einem
Schiedsspruch des Kollegen Schliebs zugestimmt, nach
welchem in der Hauptfrage 12 Mk. ab 1. Januar den
Befehligen zugesprochen wurde unter Anrechnung bis zu
5 Mk. bei einer späteren Erhöhung der Teuerungszulage.
Am 7. Januar hielten die Berliner Prinzipale eine Ver-
sammlung ab, in der sie eine Entschliebung annahmen,
worin zum Ausdruck kam, daß die Berliner Prinzipale
das gruppenweise Vorgehen der Gehilfen mißbilligten. Am
Schlusse dieser Entschliebung wurde aufgedeckt, „unbe-
dingt zusammenzufassen und keinerlei außerordentliche all-
gemeine Zulagen zu bewilligen, mag daraus werden, was
da wolle!“ Der in Leipzig zusammengetretene Haupt-
auschuss der Prinzipale habe den Vermittlungsversuchen
der Gehilfenvertretung bis jetzt nicht das nötige Verständ-
nis entgegengebracht und zeige die Tendenz, die Gehilfen-
schaft hinzuhalten. Ein erneut seitens des Kollegen Massini
an die Berliner Prinzipale gerichtete Schreiben brachte
eine vom 17. Januar datierte, sehr konjunkt gehaltenen
Antwort, leider aber kein positives Resultat. Redner er-
örtere dann die Forderungen der Gehilfenschaft und be-
tonte, daß den am meisten nothleidenden Kollegen in erster
Linie geholfen werden müsse, präzisierter seinen Stand-
punkt und wies darauf hin, daß verschiedene Bezirke
bereits das Verlangen nach einem 6tlichen Vorgehen
ausgesprochen haben, wenn die Prinzipale vertragen.
Er habe gefast, was im Bereiche der Möglichkeit lag.
Es handle sich nunmehr darum, was zu tun sei; er
fordere auf, ruhig Blut zu bewahren und die ganze
Sache leidenschaftslos zu erörtern. Im selben Sinne
sprach sich Kollege Abrecht aus und erteilte hierauf
als erstem Diskussionsredner das Wort dem Kollegen
Barolain: Mit der Ablehnung des Instanzenweges sagt
die Prinzipalität der Gehilfenschaft den Kampf an; damit
erübrige sich eigentlich jede Diskussion. Die Gehilfenschaft
müsse es nunmehr auf den Kampf ankommen lassen; er
wolle auf Düsseldorf und Danzig hin, Berlin werde den
gleichen Weg gehen müssen. Von einer Differenzierung der
Zulage, wie die Kollegen Massini, Abrecht, Müller, die
Rede sein; die Redigen haben den gleichen Kampf zu
betreiben. Ungelernte Arbeiter verdienen mehr als
gelernte. Was nutzt uns die Gehilfen, wo wir doch gar
nichts hatten? Die Buchdrucker verdienen nicht mehr den
Ehrentitel als Pioniere der Arbeiter; man werde die For-
derungen mit allen Mitteln durchdrücken müssen. Redner
machte dann Ausführungen politischer Natur und erregte
hervor große Aufregung bei den Kollegen. Napp übte scharfe
Kritik am letzten Lohnabkommen. Die 20-Mark-Zulage
war nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Zu dieser
Zeit war die Konjunktur eine bessere, man hätte da gleich
loschlagen sollen, der Erfolg wäre sicher gewesen. Er be-
daure wie sein Vorredner das einseitige Vorgehen der
Zeitungspersonale, denn diese Sektaktion schädige die All-
gemeinheit. Massini habe damals von einem Vorgehen
bzw. Ablehnung der Zulage nichts wissen wollen, und wie
er preise, so lange die Berliner Gehilfenschaft. Redner hob
die große Not der Kollegen hervor und plädierte für
ein sofortiges geschlossenes Vorgehen, denn die Geduld habe
ihre Grenzen. Die Prinzipale stellen sich direkt darauf
ein. Zwirner: Die Opposition habe an anderer Stelle
betont, auch sie hätte nicht ein Tadelchen mehr herausge-
holt; die heutigen Reden stehen mit dieser Feststellung im
offenen Widerspruch. Der WGBZ, verfolge die Politik der
Senkung aller Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel,
die fortgesetzten Lohnbewegungen brächten uns nicht vor-
wärts. Redner kann nicht finden, daß das Vorgehen der
Zeitungspersonale uns geschadet habe. Die Zeitungsver-
leger haben mit der Bewilligung der Zulage nicht, wie
behauptet, den Zweck verfolgt, die Gehilfenschaft zu trennen,
sondern waren hierzu gezwungen, weil ihnen das Feuer
unter den Füßen brennte. Die verlangte Zulage in gleicher
Höhe für alle Kollegen ist einfach undurchführbar. Im
Rechtsarbeitsministerium wie in den Schlichtungs-
schüssen gelte der Grundsatz, daß Verbetratete und solche
mit Kindern mehr berücksichtigt werden müssen als Ledige.
Ein 6tliches Vorgehen habe Vor- und Nachteile, eine
zentrale Regelung sei vorzuziehen. Die 15-Km-Grenze
bringet viele kleine Orte zu Berlin, und darin liege die
Schwierigkeit der Durchführung gleichhoher Zulagen.
Wenn sich die Prinzipale auf zentrale Verhandlungen nicht
einlassen, stehe uns das 6tliche Vorgehen immer noch zu
Gebote. Redner brachte eine diesbezügliche Resolution
ein und beantragte sie. Gabben: Es ist richtig, daß die
Opposition das gefagt habe, was Zwirner behauptet. Die
Taktik der Gewerkschaften kann nichts anderes bringen,
auch durch die Vertreter der Opposition nicht. Die Klassen-
bewegung der Arbeiterkraft muß eben in andere Bahnen
gelenkt werden. Die Unzulänglichkeit der Bewilligungen
freibe zur Katastrophe. Die Reaktion macht sich immer
stärker bemerkbar und die Arbeiterkraft zieht dabei den
kurzern. Wir müssen in eine sofortige Aktion eintreten.

Redner nimmt Bezug auf den Tarifkreis II, wo die Prin-
zipale sich verpflichtet haben, einen Fonds von 2 Millionen
Mark auszubringen zum Zwecke der Abwendung „unlar-
licher“ Forderungen. Die Prinzipale stellen sich auf den
Kampf ein; diesem werde die Gehilfenschaft nicht aus-
weichen können. Die Arbeiterkraft muß zu einer einhei-
lichen Aktion kommen, und das kann nur gelinde durch
das Einstellen auf das kommunistische Programm. Bei
der Entscheidung dieses Programms wurde Redner dauernd
durch Schlußrufe und „Zur Sache!“ unterbrochen. — Hier-
auf wird die Redezeit auf zehn Minuten festgesetzt. Wouters
wirft dem Vorredner vor, er wolle nur im frühen Morn
und die Forderung der Kollegen ausnutzen. Selbst wenn
wir die Zulage auf 100 Mk. bemessen, der Kreislauf
bleibt immer derselbe: höhere Löhne, Steigen der Preise,
und die Zulage ist weggemacht. Die Politik muß ein-
gestellt werden auf Sicherung der Produktion und Ab-
bau der Preise. Woll: Wir dürfen nicht warten, bis es
den Prinzipalen gefällt, ihre Tagung abzuschieben, sondern
wir müssen diese zwingen, die Tagung nach unsern Wün-
schen einzurichten. Bei der zentralen Regelung hat Berlin
schlecht abgeschnitten, die 6tliche Bewegung ist vorzuziehen.
Den Abwehrfonds hat nicht nur der Tarifkreis II, sondern
auch Leipzig, und Berlin wird folgen. Rose: Die Tarif-
gemeinschaft hat den Kollegen nicht Brot, wohl aber Anten-
die gebracht. Die Forderung nach einer sofortigen Teu-
erungszulage ist eine unbedingte Notwendigkeit. Die schre-
ckliche Zunahme der Futterkosten ist eine Folge der niedrigen
Lebenshaltung der Arbeiterkraft. Bei den Buchdruckern
ist diese Seuche besonders groß. Redner will keine Disse-
renzung der Zulage, fordert aber eine Minderzulage als
Ausgleich. Braun: Aber die Berechtigung der Forderung
einer sofortigen Teuerungszulage herrscht Einmütigkeit.
Das angezogene Beispiel von Düsseldorf reißt nicht zur
Nachahmung. Er danke aber den Düsseldorf Kollegen,
daß sie doch die Einheit später gehabt haben, sonst hätte
sich der Brandherd leicht auf das ganze Reich ausdehnen
können. Auch auf Danzig habe man zu Unrecht Bezug
genommen. Danzig habe in erster Linie für die so viel
geschmähte Tarifgemeinschaft votiert; man kann hier wieder
sehen, wie die Opposition sich alles zunutze mache. Redner
potenzierte gegen Barolain und Gabben, die für ein la-
tentes Vorgehen kein Verständnis haben in Folge ihrer ein-
seitigen kommunistischen Orientierung. Wolls Ausführungen
berühren ebenso eigenartig, sie führten nur zur Uneinig-
keit unter den Kollegen. Man muß nicht alles durch die
Berliner Brille betrachten. Die Verantwortlichkeit muß
die richtigen Wege weisen. Schleffer: Zur Injektion
einer Aktion, auch wenn es eine kommunistische ist, ge-
hört neben dem Verantwortlichkeitsgefühl auch die genaue
Kenntnis der allgemeinen Situation. Nicht nachlässigen
Rechtsarten kommunistischer Tiraden ist nichts anzufangen.
Gabbens Ausführungen veranlassen dazu, sich an den Kopf
zu fassen und zu fragen, ob wir noch da sind. Ein voll-
ständiger Widerwinn liegt darin, auf der einen Seite lau-
zu machen und auf der anderen Seite zu kommunistischer
Aktionen aufzufordern. Dem. Einbringung von Ge-
sulten und Regen von kommunistischen Scheinregeln in die
Gewerkschaften werden wir uns mit allen Mitteln wider-
setzen. Ihre kommunistischen „Freunde“, die immer zur
„Einigkeit“ und „geschlossenen Aktionen“ auffordern, mögen
mal erst alle politischen Momente ausschalten und ihre
eigenen Worte zur Wahrheit machen, aber mit ihren Mäh-
ren uns in ersten Situationen verkommen. Redner zer-
pflückte unter starkem Beifalle der Versammlung die
Ausführungen der kommunistisch gerichteten Opposition.
Thomas: Die Opposition möge sich erst einmal ihre Ver-
gangenheit ansehen. Es ist ein Irrsinn fondergleiches,
die Tarifgemeinschaft abzuschließen und zugleich aufzufordern,
mit den Prinzipalen in sofortige Verhandlungen einzu-
treten. Man fehl sich eine friedliche Maske auf und ver-
birgt ein ganz anderes Gesicht dahinter. Die Kommunisten
wenden sich an Gelbe, Gewerkschaften, Antunisten usw.
zwecks „einheitlicher“ Aktionen und beschlimmen gleichseitig
die Gewerkschaften und Parteien anderer Richtung in der
gemeinsamen Weise. Das ist Heuchelei und Demagogie zu-
gleich. „Wenn Sie veruchen, ihre politischen Ziele in
unser Lohnbewegung hineinzutreiben, werden Sie sich eine
Abfuhr holen, die Sie noch nie erlebt haben!“ Vierath:
Die Kollegen in den Zeitungsdruckereien haben der All-
gemeinheit mit ihrem Vorgehen den größten Bärendienst
erwiesen. Das Verhalten des Kollegen Schliebs, der sich
zu dieser Vermittlerrolle hergegeben, ist auf keinen Fall
gutzuheißen. Entgegen seiner Freunde von links, die den
losfiktigen Zusammentritt des Tarifauschusses fordern,
bestürfte er, als Termin des Zusammentritts den 26. Januar
zu fordern, weil ein früherer Termin eine technische Un-
möglichkeit darstelle. Er verlange jedoch die Zubilligung
einer neuen und ausreichenden Teuerungszulage rick-
wirkend ab 1. Januar. Dann müsse die Prinzipalität
vor die Alternative gestellt werden: Entweder — Oberl
Redner wandte sich am Schluß in den schärfsten Aus-
drücken gegen den Kollegen Thomas. Inzwischen war
ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen und an-
genommen worden. Nunmehr erhielt Kollege Massini
das Schlusßwort: In einer einheitlichen Aktion gehört vor
allen Dingen die Einheit der Kollegen. Die Opposition
hat jedoch mit ihren Ausführungen die schärfsten Gegen-
sätze hineingetragen. Für uns sind in erster Linie die
gewerkschaftlichen Grundzüge maßgebend, die parteipoliti-
schen sind daher auszuschalten. Solange sich die Mehr-
heit auf diesen Boden stellt, werden wir uns hieron nicht
abbringen lassen. Wir lassen die Gewerkschaftsbewegung
durch revolutionäre Worte nicht auf Bahnen drängen, die
der Allgemeinheit der Kollegen nur schaden und dabei die
Reaktion stärken. Wenn die „rote Fahne“ jetzt so sehr
für den Zusammenschluß eintritt, dann hätte sie dies früher
tun können. Nachdem wir aber das Leninische Programm

kennen, imponiert uns der kommunistische Duktus nicht
mehr. Redner wird der Prinzipalität ein Stimmungsbild
dieser Verammlung geben und von dem Prinzipalität ruht die
Verantwortung für die Ruhe im Gewerbe. (Lebhafte
Beifall.) Die Resolution des Kollegen Zwirner:
Ausschusses der steigenden Mollage der Berliner Gehilfen-
schaft und in Folge der Verhandlungsablage der Prin-
zipale bei der Einberufung des Tarifauschusses fordert
die Generalversammlung von Verbandsvorstand die so-
fortige Einleitung einer Bewegung für eine neue Teuerungszu-
lage. Sollte der Verbandsvorstand nicht eine zentrale
Regelung dieser Forderung sich nicht einleihen können,
so fordert die Generalversammlung des Vereins Berliner
Buchdrucker und Schriftgießer vom 19. 1. 21 die Ein-
leitung einer 6tlichen Bewegung zur Durchführung oben-
stehender Teuerungszulage. Die Generalversammlung
besteht Intodgeden: Wenn bis zum 27. Januar d. S.
dem Verbandsvorstand bzw. den Kreisvertretern nicht
mitgeteilt ist, daß der Tarifauschuss zur Beschlußfassung
über eine neue Teuerungszulage in der ersten Februar-
woche zusammentritt, so sind die Forderungen der Ber-
liner Gehilfenschaft durch den Gauvorstand unmittelbar
dem Verein Berliner Buchdruckereibesitzer zu überreichen.
kommt hierauf zur Abstimmung und wird mit übergroßer
Mehrheit angenommen. Dadurch wird die der Opposition
gegenstandslos. Am Schlusse nahm die Versammlung noch
Stellung zu ten in fünf von e. f. Bezirken mit schwacher
Mehrheit angenommenen Protesten gegen die Wahl des
Gauvorstandes, die in der letzten Generalversammlung er-
folgt war, während die Opposition Urabstimmung verlangte.
Kollege Massini erklärte hierzu: Solange es der Berliner
Gau durch seine Delegierten es für notwendig hält, Be-
schlusse zu fassen, die sich auf Grund des Statuts herleiten,
so lange kann sich der Gauvorstand dem Willen der Dele-
gierten nicht entziehen. Den Delegierten steht dieses Recht
zu, sie sind gewählt durch den Willensausdruck der Ge-
samtheit der Berliner Kollegenkraft. Die Generalversamm-
lung ist souverän. Der Opposition steht es nicht zu, dieses
Recht der Delegierten anzufassen bzw. beiseite zu schieben,
und zwar um so weniger, als das Recht der Delegierten
durch das Statut eine legale Stütze findet. Die hierauf
vorgeworfene Abstimmung verwarf die eingereichten Pro-
teste gegen wenige Stimmen.
nch. Bonn. (Bezirksmaschinenmeisterverein.)
Am 2. Januar fand unsere diesjährige Generalversamm-
lung mit Kassenbericht, Jahresbericht und Neuwahl des
Vorstandes statt. Der Vorstand erstattete den Jahres-
bericht, aus dem zu ersehen war, daß der Verein im tech-
nischen Vorwärtkommen seiner Mitglieder seine Haupt-
aufgabe erfüllt. Die Teilnahme an den Versammlungen
war zufriedenstellend. Der alte Vorstand wurde einstimmig
wiedergewählt. Für das Frühjahr ist ein Farbenlehrkurs
in Vorbereitung, was, wenn es eine Beachtung eines
höheren technischen Fachabrits zur Aussicht bekommt,
von den jetzigen Kollegen, welche bis dahin keine Ver-
sammlung schwänzen, die freie Hin- und Rückfahrt aus
der Vereinskasse erstattet werden wird.
Breslau. In der außerordentlichen Generalver-
sammlung am 9. Januar widmete Vorstand der Sporn-
ehrende Worte des Gedankens dem zu früh verstorbenen
Gewerkschaftsführer Legien und dem internationalen Sekre-
tär Kollegen Lautner, deren Andenken in üblicher Weise
geehrt wurde. Zwei Kollegen wurden dem Gauvorstande
zur Aufnahme und zwei Kollegen zum Ausschuss empfohlen.
Es folgte die zweite Beratung des neuen Disstatuts; der
vorgelegte Entwurf wurde mit einigen beantragten Ände-
rungen genehmigt. Was von gewissen Kreisen keine Ge-
legenheit verpaßt wird, die Gewerkschaften mit „kommu-
nistischen Fellen“ zu durchlöchern, zeigte sich bei der Be-
willigung der Mittel zum Ausbau des Gewerkschaftshauses,
der eine dringende Notwendigkeit geworden war. Nach
energischer Zurückweisung dieser Treiberen durch den
Vorhingen erloschte jedoch die Bewilligung der Mittel
mit 203 gegen 35 Stimmen den Beweis, daß der frei-
gewerkschaftliche Geist der Mitglieder für kommunistische
Lodungen unempfindlich ist. Der Verammlung war eine
allgemeine Buchdruckerversammlung vorausge-
gangen, in welcher die Aufstellung der Kandidaten zu
den Tariforganen vorgenommen wurde.
Effe. Zwei Jubiläen in einer Druckerel konnten
hier am 5. Januar gefeiert werden. Es waren Kollege
Fritz Dietrich, der auf eine 20jährige Verbandsmitglie-
derschaft zurückblicken konnte, und eine Jubilantin. Ihre
einzige in ganz Deutschland vom Tarifamt anerkannte Ma-
schinenmeisterin Kräutten Franziska Dimeher konnte
auf eine 40jährige Gewerkschaftstätigkeit zurückblicken. Die
Firma widmete ihr folgenden Nachruf: „40jähriges Be-
reitsjubiläum. Eine seltene Feler begeht heute die Ma-
schinenmeisterin Fraulein Franziska Dimeher, die von den
vielen alten, erprobten Mitarbeitern der „Ellaenden Zei-
tung“ auf die längste Dientzeit zurückblicken kann, da sie
schon unter der vierten Generation der Verlegerfamilie
tätig ist. Am 5. Januar 1851 trat sie in die Dienste der
Firma und verrichtete ihre Arbeiten trotz vieler körper-
licher Leiden mit musterhaftem Fleiß und vorbildlicher
Treue, so daß sie im Laufe der langen Jahre in eine Ver-
trauensstellung eintrat und den von Frauen nur höchst
seltene Befähigung einer Rotationsmaschinenmeisterin
bescheiden konnte. Möge es ihr vergönnt sein, daß sie
noch recht lange in guter Gesundheit ihre Tätigkeit fort-
setzen kann. Sie in weifen Kreisen bekannte Sublarin
wurde von viele Seiten durch Geschenke und Glückwünsche
geehrt. Vom Magistrat der Stadt Effe und von der
Stadtkammer wurde die Jubilantin für ihre Pflichttreue,
Arbeitselast und Zuverlässigkeit durch Ehrenurkunden aus-
gezeichnet.“ Eine Fülle an diesen Stellen wollen wir uns

erparen, da schon genügend über die Verhältnisse bei der betreffenden Firma im „Korr.“ geschrieben worden ist und auch noch viele Kollegen, die hier in Konstanz waren, die Firma in Erinnerung haben werden. Für unsere Kollegen übernahm die Erziehung der Ortsvereine, indem dem Sublar ein Geldgehalt sowie die Verbandsgeschichte überreicht wurde. Letztere möge ihn auf seinen ferneren Lebenswegen begleiten und als treuer Helfert dienlich!

Görlitz. In der letzten Generalversammlung gab Vorsitzender Köstlich den Jahresbericht, der in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht ein kurzes Bild vom Schaffen und Wirken unsrer Ortsvereine gab. Die bisher amtierenden Vorstandskollegen wurden bei einer Ausnahme, der Bibliothekar lehnte eine Wiederwahl ab, wiedergewählt. Eine längere Debatte entpinn sich, als man die bisher getrennt geführten Posten des Orts- und Bezirksvorsitzenden wiederum auf einen Kollegen vereint wissen wollte. In Anbetracht dessen, daß die Arbeit beider (wenn sie zum vollsten Nutzen unsrer Organisation durchgeführt werden soll) eine sehr umfangreiche ist, wurde der bisherige Modus beibehalten. Die Wahl des Bezirksvorsitzenden soll aber künftig nur auf der Bezirksversammlung stattfinden. Ein Antrag, der Verfallensschwäger mit 1 Mk. bestraft wissen wollte, wurde zurückgewiesen und soll auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung gestellt werden. Hierauf fand die Erziehung der Verbandssublarin statt. 40 Jahre Mitglied ist Kollege Rudolph Schläuer; auf eine 25jährige Mitgliedschaft konnten zurückblicken die Kollegen Günther, Kadisch, Dello, Koschka, Eschirner, Franz, Mattheil und Groß. Der Vorsitzende dankte allen für treues Festhalten am Verband und wünschte, daß sie das von ihnen bisher gezeigte Interesse am Verbandsleben auch weiterhin behalten möchten.

Görlitz. (Maschinenmeisterverein. — Halb-jahresbericht.) Im vergangenen Halbjahr vereinten uns fünf Versammlungen, die ausgefüllt wurden mit: 1. Besprechung einer Rundung Dresden Druckmaschinen (Kollege Brendler); 2. Der Druck von Aufzügen mit verlaufenden Rändern (Kollege Wittwar); 3. Der Druck von Kompartien (Kollege Wittig); 4. ferner Verlesung eines Vortrags, Besprechung der Winkler-Preße an Hand des freundlichen vom Bureau Usbern zur Verfügung gestellten Materials; sowie Erledigung technischer Fragen usw. Ein Anfang November unternommener Herbstausflug nach Böhmen hat uns für Stunden die Alltagsorgen vergeßen lassen und wird allen Beteiligten in besserer Erinnerung bleiben. Möchte der Versammlungsbesuch ein besserer werden! Ein Wort des Dankes den Kollegen, die sich zu Referaten zur Verfügung stellen.

Tema. (Maschinenmeister. — Mit Genehmigung können wir von der Tätigkeit innerhalb unsres Vereines berichten. In einem von der staatlichen Gewerbebehörde unentgeltlich zur Verfügung gestellten Raum hatten wir wöchentlich einen technischen Abend ab. Außer einer Vortragsfolge über die verschiedenen Anlageapparate hielt uns Kollege Weich (Leipzig) einen Vortrag über „Sprichtung und Druck von Illustrationen“. Alle Veranstaltungen werden durch unsere Vorsitzenden, Kollege Laubig, interessiert und anregend gestaltet, so daß der Besuch ein sehr guter ist. Die Generalversammlung am 11. Januar brachte keine wesentliche Änderung in der Besetzung des Vorstandes. Möge das Interesse an der Sparte auch im neuen Vereinsjahre das gleiche bleiben!

Kassel. Unsr Mitgliedschaft hielt am 7. Januar ihre erste Versammlung im neuen Jahr ab. Vorsitzender Aretz widmete Karl Weglen einen warmen Nachruf. Das Andenken des Verstorbenen wurde durch Erheben von den Säben geehrt. Im weitern wies der Vorsitzende dann darauf hin, daß nunmehr der neue Karl angenommen sei. Er forderte von den Kollegen, daß überall darauf gesehen werde, nunmehr die geringen Vorteile, die er bringe, auch tatsächlich durchzubringen. Sodann berichtete er von Verhandlungen des Vorstandes mit den Prinzipalen über Unterbringung der Arbeitslosen und über die Gewährung einer Beihilfe vor Weihnachten. In allen Kassen Druckereten waren die Kollegen diesbezüglich vorstellig geworden. Die Prinzipalvertreter erklärten, daß sie ihren Kollegen die Gewährung einer Beihilfe, in erster Linie an die Verheirateten, empfehlen wollten. Sie haben sich dann untereinander verständigt, den Verheirateten mit Kindern 150 Mk., ohne Kinder 100 Mk. zu zahlen; eine Gewährung an Ledige sollte jedem einzelnen überlassen bleiben. Diese Beihilfe ist auch zur Auszahlung gelangt, wobei hervorgehoben zu werden verdient, daß neben der Druckererei des „Volksblattes“ und der Buchdruckerei Eisenhardt, die 300 Mk. für Verheiratete und abgetuht weiter an alle Geschäftsangehörige zahlen, auch noch die gemächlichen Betriebe Wenderoth N. O. (500 bzw. 200 Mk.) und Grünbaum (doppelt Wochenlohn) sowie einige kleinere Druckereten über 150 Mk. hinausgingen. Betreffs der Unterbringung von Arbeitslosen erklärten sich die Zeitungsbetriebe zur sofortigen Einstellung Arbeitsloser bereit. Weiterhin soll von Prinzipalen und Behörden gemeinsam versucht werden, Aufträge zu beschaffen, um noch mehr Arbeitslose beschäftigen zu können. Der Vorstand hat sich dazu bereit erklärt und ist auch bereits in diesem Sinne tätig gewesen. Dieser Bericht wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Die Versammlung hörte dann noch einen gut gedachten Vortrag des Herrn Lehrer Tauten in Traudt über „Kunst und Sozialismus“, der sehr lebhaften Beifall auslöste. Die Abrechnung vom Weihnachtskonzert ergab die erfreuliche Tatsache, daß ein Überschuß von rund 1400 Mk. für unsre Arbeitslosen, Invaliden und Witwen erzielt wurde, zu dem aus der Bezirkskasse noch rund 300 Mk. hinzugefügt wurden. Vorher hatte man noch die Kandidaten für die Neuwahlen zu den karitätlichen Institutionen aufgestellt. Der Besuch der Versammlung

blühte besser kein Mann, sich solchen Besuch waren mir bisher im Kasse nicht gewohnt.

S. Käin. Die Bezirksversammlung am 2. Januar war gut besucht. Wiederum hat der Tod zwei Kollegen aus unsrer Mitte entzogen, deren Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Vorsitzender Kollege Wansen teilte mit, daß die Arbeitslosen zu Weihnachten erhalten haben: Verheiratete 150 Mk., Ledige 100 Mk.; ferner die Invaliden 25 Mk. und die Witwen einen Zuschuß von 50 Mk. Trotzdem nach § 11 der Satzungen des Verbandes jedes Mitglied verpflichtet ist, sich den ordnungsmäßigen Beschlüssen der Bezirks- und Ortsversammlungen zu fügen, haben es eine ganze Anzahl Kollegen, meistens der jüngeren Generation angehörig, unterlassen, dem in der Dezemberversammlung gefassten Beschluß: „Für die Arbeitslosen einen einmaligen Beitrag von 5 Mk. abzuführen“, nachzukommen. Daut Versammlungsbeschlüsse haben die Arbeitslosen für die Folge jeden Sonnabend ihre vom künftigen Arbeitsnachweis täglich abgetheilte Karte dem Verwalter vorzulegen. Einige Firmen haben zu Weihnachten Gratifikationen und Wirtschaftsbefehlen gewährt; außerdem noch Lohnausbesserungen von 5 Proz. bis 30 Mk. auf den Gesamtlohn. Längere Zeit nahm die Stellungnahme zur Lohnfrage in Anspruch. In treffenden Worten wurde der sogenannten Doppelpolitik entgegengeworfen, daß sie sich meistens in Kleinigkeiten verliere und den Ernst der Lage veresse. Kollegen Strowitzki mußte begründlich gemacht werden, daß der Vorstand im Falle Düsseldorf richtig gehandelt habe; gleichgültig wurde ihm erwidert, daß das Kapital die Verhältnisse besser begreifen hätte als die Arbeiterklasse. Um die Feuerungszulage zu erhöhen, wurde der Vorstand beauftragt, dem Gehilfenvertreter einen Antrag zu unterbreiten. Einen hochinteressanten und lehrreichen Vortrag hielt Herr stud. rer. pol. S. Stein über „Die augenblickliche Weltmarktlage“. Redner verstand es meisterhaft, durch seine klaren Ausführungen die Anwesenden anderhalb Stunde zu fesseln und er wurde dafür mit großem Beifall belohnt.

Wack (Hfpr.). In unsrer Hauptversammlung am 8. Januar gab Kollege Buchteiner einen Überblick über die Ortsvereinsthätigkeit des Gaues Ostpreußen, die sich mit den letzten karitätlichen Feuerungszulagen, Bezirksvereinstellung, Lehrlingsorganisation und mit der Frage der Unterstellung eines beliebigen Gewerbetreibenden beschäftigte. Weiter gab er Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr, während Kollege Bramer die Kassenverhältnisse beleuchtete. Die Vorstandswahl wurde erledigt, indem der alte Vorstand (Kollegen Buchteiner als Vorsitzender und Bramer als Kassierer) wiedergewählt wurde. Ferner wurden örtliche und Bezirksangelegenheiten zur Erörterung gebracht.

Magdeburg. (Maschinenmeisterverein. — Halb-jahresbericht.) Die Halbversammlung nahm den Bericht des Kollegen Schulz über den Maschinenmeisterkongreß sowie die Anträge der Sparte entgegen. Das Reklamé des Kongresses wurde mit Befriedigung aufgenommen. Mit Freude wurde begrüßt, daß bei der Besprechung der Buchdruckerei „Die neuzeitliche Ausnutzung der Buchdruckerei“ und die darin niedergelegte Arbeitsweise bei den Delegierten scharfe Ablehnung fand. Der Punkt „Technisches“ brachte einen kurzen Vortrag über die „Zurichtung“. Der Vortrag bot eine Fülle von Anregungen und fand gute Aufnahme. In der Versammlung waren Arbeiten, in Holzschnitt hergestellt, ausgelegt. — Am 8. Oktober fand eine gutbesuchte Versammlung statt, die sich mit der Wahl des Kreisvorstandes beschäftigte. Dem Vorort Magdeburg sind acht Vereine mit insgesamt 112 Mitgliedern angeschlossen. Auch wurde in dieser Versammlung der Arbeitslosen gebacht. Beschlossen wurde, den erwerbslosen Kollegen für den jeweiligen Versammlungsbeitrag 3 Mk. zukommen zu lassen. — In der Novemberversammlung sprach Kollege Kühnast über „Autostereotypie — Mehrfarbendruck — Winkler-Preße — Lithographie“. Der Vortragende schöpfe aus der Praxis und unterließ durch gutes Anschauungsmaterial, konnte er seine Ausführungen für jeden Kollegen belebend gestalten. Unter „Lithographie“ wurden die Druckerbestimmungen diskutiert. Wenn von unsren vielen Anträgen wenige Früchte gebracht haben, so wurde mit Freuden das Einmalinsystem begrüßt. — In der Generalversammlung wurde der neue Vorstand per Akklamation gewählt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht. Von 185 organisierten Druckern Magdeburgs gehören 125 Kollegen der Sparte an. Arbeitslos am Orte waren 16 Kollegen. Um die hohe Arbeitslosenziffer nach Möglichkeit herabzudrücken, wurde beschlossene, eine Statistik auszuarbeiten, um alle unartiklichen Mithände zu beseitigen und so einen Schritt weiter zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu kommen. Kollege Staab als Verwalter des Arbeitsnachweises wandte sich besonders gegen das Verhalten der arbeitslosen Kollegen. Er bezeichnete es als Unabwägung, daß es die Kollegen nicht für nötig halten, an ihren Versammlungen teilzunehmen, obwohl sehr viel junge Kollegen es bitter notwendig hätten. — Für das Jahr 1921 ist ein reicher Arbeitsplan vorgegeben. Allen Kollegen, auch den Arbeitslosen, empfehlen wir, unsre Versammlungen und Veranstaltungen zahlreich zu besuchen, damit sie auf dem laufenden bleiben, sich weiter bilden, um in allen Fächern des modernen Buchdrucks auf der Höhe zu sein.

Mainz. Die am 8. Januar abgehaltene Versammlung genehmigte den für die Sammlung für die Notleidenden der Stadt Mainz bereits zur Verfügung gestellten Betrag von 150 Mk. Die Wirtschaftsbefehle gelangte mit wenigen Ausnahmen zur Auszahlung. Die Kandidaten für die Tarifinhaber wurden aufgestellt und der jetzige Arbeitsnachweisverwalter, Kollege Mann, auch für die neue Tarifperiode befristet. Als Aufsichtspersonen für den Arbeitsnachweis wurden drei Kollegen gewählt. Beifallen Beifall spendeten auch die lausenden Helfer dem Kollegen S. Zeeb für sein treffliches Referat über: „Die Sozialgesetzgebung, unter besonderer Berücksichtigung der Krankenversicherung“. Derartige aufklärende Vorträge sollen nun öfters gehalten werden. Zum Schluß wurde noch beschlossen, den ausständigen Danziger Kollegen vorläufig den Betrag von 200 Mk. aus der Bezirkskasse zu überweisen und sofort Sammellisten in Umlauf zu setzen.

Merzbach. Am 9. Januar fand unsrer zahlreich besuchte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab einige Mitteilungen über den Kassenbericht kund. Der Mitgliederstand ist auf 125 angewachsen. Der Kassierer berichtete über den Kassenbestand und es wurde ihm Entlastung erteilt. Die Vorstandsmitglieder wurden einstimmig von der Versammlung wiedergewählt und nahmen die Wahl an. Der Vorsitzende gab dann einen kurzen Bericht über das vergangene Jahr. Trotzdem die Buchdruckerei der Firma Stolberg am 1. Juli aufgelöst worden war, wurde es möglich gemacht, daß sämtliche der dortigen Kollegen in chemischen und Industriewerken Arbeit bekamen und so dem Ortsvereine nicht entgingen. Auch trat der Lehrlingsorganisation sämtliche Lehrlinge bei.

F-r. Nordhausen. Vorsitzender Keil gedachte in unsrer Generalversammlung am 8. Januar zunächst mit ehrenden Worten des verstorbenen Gewerkschaftsführers Regien. Hierauf erstattete er den Tätigkeitsbericht des Vorjahres. Die Mitgliederzahl ist auf 70 angewachsen. Es folgten nunmehr die Jahresberichte des Kassierers und der Druckerereivertrauensleute, die zu keinerlei Beanstandungen Anlaß gaben. Die Ortskasse weist einen augenblicklichen Bestand von 592,31 Mk. auf. Dem Vorstande wurde für seine Mithaltung der Dank der Versammlung ausgesprochen. Nach Entgegennahme des Kassenberichts wurde, da Anträge nicht eingegangen waren, nunmehr zur Vorstandswahl geschritten. Da der erste Vorsitzende erklärte, das Amt wegen Arbeitsüberbürdung nicht wieder annehmen zu können, wurde Kollege Karl Ehbauer an dessen Stelle gewählt. Alle andern Vorstandsposten wurden wie bisher beibehalten, nur das Amt des Schriftführers ging in andre Hände über. Unter „Verabschieden“ wurde noch beschlossen, die Unterstützung für durcharbeitende Kollegen von 3 auf 5 Mk. aus der Ortskasse zu erhöhen. Nach einem Schlußworte des Kollegen Keil, im neuen Jahre fest zu unsrer Organisation zu halten und den Versammlungsbesuch zu steigern, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Wormsheim. Einer vom Vorstand unsres Ortsvereines im Vorjahr ergangenen Einladung an die Lehrlinge der hiesigen Druckereten zwecks Gründung einer Lehrlingsabteilung waren so ziemlich alle Lehrlinge nachgekommen. Ortsvereinsvorsitzender Meißner ging in längerem Ausführungsbericht auf Zweck und Ziele der Lehrlingsabteilung ein und endigte mit dem Wunsch, auch die hiesigen Lehrlinge möchten sich zur Wahrung ihrer Interessen, beruflicher Fortbildung und Erweiterung ihres allgemeinen Wissens zusammenschließen. Es meldeten sich dann auch alle Anwesenden zur Aufnahme an. Nachdem der Ortsausschuß den Kollegen Dreher mit der Leitung der Abteilung betraut hatte und der Ausschuß gewählt worden war, trennte man sich mit dem Gebührenden, selbstig für die Sache der Jungbuchdrucker zu arbeiten.

se. Schwerin. Am 7. Januar hielt Kollege Diederich vor den hiesigen Kollegen einen recht interessanten Vortrag mit Abbildungen: „Typographische Spielereien“ oder „Der Erfinder auf Irwegen“. Offenichtlich mit Mühe zusammengetragenes Material führte allen Anwesenden vor allem die sehr weit zurückliegenden verunglückten Versuche vor Augen, den Schriftsatz auf mechanischem Wege herzustellen. Manche Bilder erweckten die größte Heiterkeit, da die Skizzen nach den heutigen Begriffen erwießen, daß der Gedanke des „Erfinders“ von vornherein verfehlt war. Als Gegenstück führte dann der Referent die gegenwärtigen Sehmachliniensysteme mit all ihren reichhaltigen Neuerungen vor Augen und lehrte u. a. auch damit den Beweis, daß durch die weitere Kompliziertheit dieser Maschinen die Arbeit des Maschinenlehrers wahrlich nicht erleichtert, sondern immer mehr angepannt wird. Den Abschluß bildeten Abbildungen der bekannten neuesten Sehmachliniensysteme und eine Vorführung der Räume der Typographfabrik. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Diederich will diesen auch untern benachbarten Provinzkollegen zugänglich machen.

Strasbourg. Am 13. Januar fand unsrer Hauptversammlung statt. Eine fast vollständige Anwesenheit der hiesigen Kollegenkoll war zu verzeichnen. Eine reiche Tagesordnung, bestehend aus 15 Punkten, bildete den Anlaß. Wie aus dem Jahresüberichtsbericht des Vorsitzenden zu ersehen war, sind die tariflichen und sozialen Verhältnisse geregelt. Auch das Kassenwesen konnte alle anwesenden Kollegen zufriedenstellen. An arbeitslosen Kollegen befindet sich zur Zeit nur einer in unsrer Orts. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die jetzigen Mitglieder wiedergewählt, als Vorsitzender Kollege Straßer und als Kassierer Kollege Krenzl. Mit Dank ist auch an dieser Stelle erwähnt, daß Herr Buchdruckereibesitzer Gg. Suber (St. Altenhoferische Buch- und Kunstdruckerei Strasbourg) wie in den vergangenen Jahren so auch heuer das Weihnachtsgeschenk von 250 Mk. dem Ortsvereine „Typographia“ (Strasbourg) zur Verfügung stellte, ebenso Herr Buchdruckereibesitzer Beck, der dem dort verkürzt arbeitenden Kollegen den vollen Lohn bezahlte.